

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Repräsentation enträtselft oder immer noch „the Puzzle of Representation“? Entwicklungen und Lehren aus unterschiedlichen Forschungsstrategien*

Alexander Kühne

Seit der Etablierung des demokratischen Nationalstaats mit Millionenbevölkerung ist das Prinzip der Demokratie existenziell mit dem der Repräsentation verbunden.¹ Die Staatsgründungen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland zeigen beispielhaft die anfänglichen Auseinandersetzungen – während sich im vorrevolutionären Amerika ein Schlachtruf entfachte: „No taxation without representation“, war es im Nachkriegsdeutschland ein stillerer Ausruf: In dem Maße, wie die Alliierten in ihren Besatzungsgebieten Leistungen erwarteten, verlangten die Deutschen als Gegenleistung Mitsprache und später Souveränität.² Dass repräsentative Demokratien stets entwicklungs- und erklärendesbedürftig bleiben, zeigen die Proteste der letzten Jahre von Athen und Istanbul bis Rio de Janeiro. Im Gefolge der Arbeitsteilung moderner, komplexer Gesellschaften ist das Repräsentationsprinzip der zentrale Mechanismus politischer Machtübertragung; es dient damit als „Dienstleistung für eine Gesellschaft“³: Repräsentanten handeln im Interesse der Repräsentierten und zugleich unabhängig voneinander, so dass jederzeit Konflikte zwischen ihnen entstehen können. Doch wie gelingt es, dieses Konfliktpotenzial befriedet zu halten? Wie gehen Politiker – für die Repräsentation zum Alltagsgeschäft gehört – mit dieser Herausforderung um? Wie wirken institutionelle Bedingungen auf die Repräsentationsleistung und was sind die normativen Grundlagen, was die Praktiken von Repräsentation? Vor dem Hintergrund dieser Fragen gilt Repräsentation als Schlüsselbegriff sowohl der empirischen als auch theoretischen Forschung in der Politikwissenschaft. Dass sich jedoch nicht immer einfache Antworten finden lassen, unterstrich bereits Heinz Eulau 1967, als er vom „Puzzle of Representation“ sprach.⁴ Auch wenn seitdem vieles „entpuzzelt“ wurde, so ist es doch wichtig, regelmäßig Rechenschaft über die Ergiebigkeit der Repräsentationsforschung abzulegen – sowohl ihrer Ergebnisse als auch ihrer Theorien und Methoden.

* Für die zahlreichen konstruktiven Hinweise zu diesem Beitrag danke ich Suzanne S. Schüttemeyer, Hubertus Buchstein und Marcus Wittig.

1 Vgl. Robert Dahl, A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly, 109. Jg. (1994), H. 1, S. 23 – 34, S. 25.

2 Vgl. Uwe Thaysen / Roger Davidson / Robert Gerald Livingston (Hrsg.), US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahme im Vergleich, Opladen 1988, S. 47.

3 Werner J. Patzelt, Parlamente und ihre Funktionen, in: ders. (Hrsg.), Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich, Opladen 2003, S. 13 – 49, S. 17.

4 Zuerst Heinz Eulau, Changing Views of Representation, in: Itthiel de Sola Pool (Hrsg.), Contemporary Political Science. Toward Empirical Theory, New York 1967, S. 53 – 85. Ausführlich Heinz Eulau / Paul D. Karps, The Puzzle of Representation: Specifying Components of Responsiveness, in: Heinz Eulau / John C. Wahlke (Hrsg.), The Politics of Representation. Continuities in Theory and Research, Beverly Hills 1978, S. 55 – 71.

1. Traditionen der Repräsentationsforschung: Fokus, Theorie und Methode

Die Grundannahme, dass repräsentative Demokratien primär durch Parlamente organisiert und strukturiert werden, macht Repräsentation zu einer zentralen Kategorie der Parlamentarismusforschung.⁵ Mit zusätzlichen Schnittpunkten zur Wahl-, Parteien- und politischen Kommunikationsforschung bietet die Repräsentationsforschung verschiedene Zugangsmöglichkeiten, um Parlamente, Abgeordnete und ihr Verhältnis zu den Bürgern beschreiben, verstehen und erklären zu können.⁶

Länderübergreifend nicht nur intensiv rezipiert, sondern als Ausgangspunkt für die späteren theoretischen und empirischen Studien in der Repräsentationsforschung können drei Arbeiten betrachtet werden, die – fast zeitgleich und aufeinander Bezug nehmend – in den 1960er Jahren entstanden sind: Das am meisten verbreitete Paradigma schuf 1967 *Hanna F. Pitkin* mit ihrer begriffsanalytischen Untersuchung zum Konzept der Repräsentation.⁷ Bereits fünf Jahre zuvor nutzten *John C. Wahlke*, *Heinz Eulau*, *William Buchanan* und *LeRoy C. Ferguson* den rollentheoretischen Ansatz, um für die im Parlament anzutreffenden Normen ein Ordnungsschema anzubieten. Ihre Abwendung von einer philosophischen Herangehensweise stellte die Akteure in den Mittelpunkt der empirischen Analyse.⁸ 1963 konzeptionisierten *Warren E. Miller* und *Donald E. Stokes* Repräsentation als messbare, inhaltliche Übereinstimmung des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten mit den Politikpräferenzen ihrer Wähler.⁹

Insgesamt nutzt die Repräsentationsforschung eine Vielzahl von Theorien, die durchaus zeitlichen Moden unterliegen: Einige teilt sie davon (1) mit anderen Sozialwissenschaften und wendet sie nur gegenstandsbezogen an – so zum Beispiel Theorien sozialer Wirklichkeitskonstruktion beziehungsweise der Parlamentskultur¹⁰, parlamentarische Rollen¹¹ und

5 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer / Danny Schindler*, Parlamentarismus und Parlamentarismusforschung in Deutschland, in: *Irene Gerlach / Eckhard Jesse / Marianne Kneuer / Nikolaus Werz* (Hrsg.), Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden 2010, S. 143 – 166, S. 155 f.

6 Als neuere Einführungswerke dienen: *Monica Brito Vieira / David Runciman*, Representation, Cambridge / Malden 2008; *Michael L. Mezey*, Representative Democracy. Legislators and their Constituency, Lanham u.a. 2008; *Ian Shapiro / Susan C. Stokes / Elisabeth Jean Wood / Alexander S. Kirshner* (Hrsg.), Political Representation, Cambridge 2009. Eine übersichtliche theoretische Einführung in deutscher Sprache bietet die Dissertation von *Jürgen Petersen*, Repräsentation in Demokratien. Konzepte deutscher und amerikanischer Politiker, Frankfurt / New York 2010, S. 29 – 55. Aktuelle Forschungsperspektiven stellt der folgende Sammelband in den Mittelpunkt: *Sonia Alonso / John Keane / Wolfgang Merkel* (Hrsg.), The Future of Representative Democracy, Cambridge 2011.

7 *Hanna F. Pitkin*, The Concept of Representation, Berkeley 1967.

8 *John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / LeRoy C. Ferguson*, The Legislative System. Explorations in Legislative Behavior, New York 1962.

9 *Warren E. Miller / Donald E. Stokes*, Constituency Influence in Congress, in: American Political Science Review, 57. Jg. (1963), H. 1, S. 45 – 56.

10 Vgl. zum Beispiel *Alan Rosenthal*, Legislative Life. People, Process, and Performance in the States, New York 1981; *Peter Gerlich*, Parlamentarische Kultur, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 13. Jg. (1984), H. 1, S. 21 – 24; *Anthony Giddens*, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt am Main 1988; zuletzt auch *Helmar Schöne*, Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie, Baden-Baden 2010.

11 Vgl. grundlegend *John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / LeRoy C. Ferguson*, a.a.O. (Fn. 8); *Donald Searing*, Westminster's World. Understanding Political Roles, Cambridge 1994.

Stiltheorien¹², Modelle rationaler Wahlhandlung¹³ (Rational Choice) sowie zuletzt die Prinzipal-Agent-Theorie.¹⁴ Daneben gibt es eine Reihe von (2) einzelnen Repräsentationsparadigmen mit Rekurs auf die Ideengeschichte politischer Theorien¹⁵ sowie (3) spezifische Theorien parlamentssoziologischer Forschungsgegenstände mit Repräsentationsbezug, die sich unter anderem mit der Kandidatenselektion und -rekrutierung¹⁶, politischer Sozialisation¹⁷, Professionalisierung¹⁸ und Karrieren¹⁹ beschäftigen. Die Entwicklung der Repräsentationsforschung lässt sich also – wie nachfolgend ausführlich und in zeitlicher Abfolge ihrer Konjunktur gezeigt wird – als zwei weitgehend voneinander getrennte Forschungsstränge beschreiben: einem *theoretisch-normativen* und einem *empirisch-analytischen*.²⁰

Durch die Theorien angeleitet, findet sich in der Repräsentationsforschung eine ebenso große Variation des Methodenrepertoires empirischer Sozialforschung: (1) Besonders oft werden schriftliche und mündliche (vermehrt telefonische) Befragungen von Repräsentanten und Repräsentierten mit anschließender statistischer oder inhaltsanalytischer Auswertung der Befunde durchgeführt. (2) Nur selten kommt es hingegen zu mit Interviews verbundenen Beobachtungsstudien der Parlaments-, Wahlkreis- und Parteiarbeit. (3) Verbreitet sind auch qualitative und quantitative Inhaltsanalysen, (4) weniger häufig sind dagegen quantitative Analysen parlamentarischer Aktivitäten (zum Beispiel aus Plenarprotokollen oder aus Datenzusammenstellungen zur Gesetzgebungstätigkeit).²¹

- 12 Vgl. *Richard F. Fenno*, *Home Style. House Members in their Districts*, Boston / Toronto 1978.
- 13 Vgl. zum Beispiel *Kenneth Shepsle / Barry Weingast* (Hrsg.), *Positive Theories of Congressional Institutions*, Ann Arbor 1995.
- 14 Vgl. beispielsweise *Kaare Strøm*, Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, in: *European Journal of Political Research*, 37. Jg. (2000), H. 2, S. 261 – 289; *Fabrizio Gilardi / Dietmar Braun*, Delegation aus Sicht der Prinzipal-Agent-Theorie. Ein Literaturbericht, in: *PVS*, 42. Jg. (2002), H. 2, S. 414 – 446.
- 15 Vgl. zum Beispiel *Hanna F. Pitkin*, a.a.O. (Fn. 7); jünger ist das „kybernetische“ Repräsentationskonzept von *Dietrich Herzog*, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Repräsentation?, in: *ders. / Bernhard Wefels* (Hrsg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien*, Opladen 1989, S. 307 – 335; *Frank R. Ankersmit*, *Political Representation*, Stanford 2002; *Nadia Urbinati*, *Representative Democracy: Principles and Genealogy*, Chicago 2006.
- 16 Vgl. zum Beispiel *Pippa Norris* (Hrsg.), *Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies*, Cambridge 1997; *Bernt Krohn Solvang*, Political Positions, Hierarchies and Political Markets: Towards a New Theory on Political Recruitment, in: *Scandinavian Political Studies*, 5. Jg. (1982), H. 2, S. 149 – 167; *Michael Gallagher / Michael Marsh* (Hrsg.), *Candidate Selection in Comparative Perspective. The Secret Garden of Politics*, London 1988.
- 17 Vgl. zum Beispiel *Donald Searing*, A Theory of Political Socialization. Institutional Support and Deradicalization in Britain, in: *British Journal of Political Science*, 16. Jg. (1986), H. 3, S. 341 – 376.
- 18 Vgl. zum Beispiel *Hans-Jürgen Hohm*, Politik als Beruf. Zur soziologischen Professionalisierungstheorie der Politik, Opladen 1987; *Jens Borchert* (Hrsg.), *Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses*, Frankfurt am Main 2003.
- 19 Vgl. zum Beispiel *Donald R. Matthews*, Legislative Recruitment and Legislative Careers, in: *Gerhard Loewenberg / Samuel C. Patterson / Malcom E. Jewell* (Hrsg.), *Handbook of Legislative Research*, Cambridge 1985, S. 17 – 55.
- 20 Vgl. zu dieser Einteilung auch *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 36 – 47.
- 21 Vgl. zu den Methoden und Forschungsansätzen in der Parlamentarismusforschung insgesamt: *Werner J. Patzelt*, Parlamentssoziologie, in: *Viktoria Kaina / Andrea Römmel* (Hrsg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden 2009, S. 311 – 351, S. 336 ff.

Davon unabhängig sollten in der Repräsentationsforschung zwei analytische Betrachtungsebenen unterschieden werden: Repräsentation als Systemeigenschaft und als dyadische Beziehung.²² Bei ersterer sind es nicht einzelne Politiker oder Parlamentarier, sondern ein ganzes Regierungssystem, das repräsentativ funktioniert, und ein Parlament, das im Ganzen möglicherweise als repräsentativ bezeichnet werden kann.²³ Neben diesem Bezug zur makropolitischen Ebene ist mit Repräsentation häufig aber auch die Beziehung zwischen den Repräsentanten als individuelle Akteure und den von ihnen Repräsentierten gemeint. Diese Sichtweise auf Repräsentation als eine dyadische Beziehung stellt folglich auf die mikropolitische Ebene ab.²⁴ Diese begriffliche Trennung erscheint nützlich, weil sie unterschiedliche Sachverhalte beschreibt – einerseits eine bestimmte Analyseebene (systemisch, dyadisch), andererseits die inhaltliche Ebene von Repräsentationshandeln (individualisiert, parteibezogen) –, die entgegen einer teilweise synonymen Verwendung in der Literatur auch sprachlich abgebildet werden sollte.²⁵

2. Theoretisch-normativer Forschungsstrang der Repräsentationsforschung

2.1. To be (present) and not to be: Pitkins empirisch geerdete Theorie

In der neueren Repräsentationsforschung hatte kaum eine Veröffentlichung soviel Einfluss auf die Disziplin wie die Studie von *Hanna F. Pitkin*. Die Stellung als Standardwerk auch für die empirische Forschung liegt darin begründet, dass *Pitkin* „eine Fülle allgemeiner Konzeptionen von Repräsentation in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen erarbeitet, abwägt und dann in ein ungewöhnlich präzises Konzept von politischer Repräsentation

22 Vgl. dazu ausführlich *Danny Schindler*, Wahlkreiskommunikation von Bundestagsabgeordneten. Grundzüge eines Forschungsansatzes zur Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie, unveröffentlichte Diplomarbeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2010, S. 12 – 15.

23 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 3), S. 17; *Jane Mansbridge*, Rethinking Representation, in: American Political Science Review, 97. Jg. (2003), H. 4, S. 515 – 528, S. 519. Insofern man dabei gezielt auf Parlamente abstellt und danach fragt, inwiefern diese als Gesamtinstitution das Volk repräsentieren, kann man spezifischer auch von kollektiver Repräsentation sprechen. *Robert Weissberg*, Collective vs. Dyadic Representation in Congress, in: American Political Science Review, 72. Jg. (1978), H. 2, S. 535 – 547.

24 Zur Unterscheidung der Makro- und Mikroebene in der Parlamentarismusforschung vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 21), S. 313 f.

25 Vgl. *Danny Schindler*, a.a.O. (Fn. 22), S. 13 ff. Einige Ergebnisse dieser Unterscheidung: Werden die systemische und dyadische Ebene in Beziehung zueinander gesetzt, wird deutlich, dass kollektive Repräsentation auf der systemischen Ebene nicht einfach nur aus der Summe dyadischer Repräsentationsbeziehungen besteht. In Abhängigkeit vom Wahlsystem werden dyadische Beziehungen überlagert und geprägt durch Parteien, die in ihrer Funktion als interessennaggregierende und -artikulierende Akteure zugleich auch für kollektive Repräsentation eine besondere Bedeutung haben (*Robert Weissberg*, a.a.O. (Fn. 23), S. 547). Die Möglichkeit, dass Repräsentationsdefizite in dyadiischen Beziehungen auf der Ebene kollektiver Repräsentation kompensiert werden, macht Repräsentation dabei einerseits primär zu einem systemischen Phänomen (ebenda, S. 541 f.). Als solches ist Repräsentation „eine potentiell entstehende Folge des nie sicheren Gelingens vieler Einzelprozesse“ und insbesondere auch ein potentielles Resultat eines gelungenen institutionellen Designs (*Werner J. Patzelt*, Abgeordnete und Repräsentation, Passau 1993, S. 37). Andererseits ist für den demokratischen Gehalt von Repräsentation auch die dyadische Beziehungsebene zwischen Repräsentant und Repräsentierten wichtig (*Michael Mezey*, a.a.O. (Fn. 6), S. 23).

integriert“²⁶. Beachtenswert ist dabei, dass *Pitkin* im Unterschied zur bis dahin erschienenen Literatur kontinentale Autoren – wie *Gerhard Leibholz*, *Carl Schmitt*, *Rudolf Smend* und *Eric Voegelin* – gleichberechtigt neben der angelsächsischen Theorietradition um *Thomas Hobbes*, *James Madison* und *Edmund Burke* rezipiert.²⁷ Zur Beantwortung ihrer Grundfragen – Was ist Repräsentation? Und wann liegt gelungene Repräsentation vor? – unterscheidet sie zunächst die folgenden drei Hauptlinien des Repräsentationsbegriffs, die sich bei Auseinandersetzung mit den verschiedenen semantischen Schattierungen von „Repräsentation“ ergeben:

- (1) Bei der *formalen Repräsentation* („formalistic view“) ist Repräsentant, wer verbindlich für andere entscheiden darf. *Pitkin* unterscheidet zwischen einer Autorisierung der Repräsentanten („authorization view“) und ihrer Rechenschaftspflicht („accountability view“) gegenüber den Repräsentierten.²⁸
- (2) Die darstellende Repräsentation („standing for other“) hat zwei Dimensionen. Bei der *symbolischen Repräsentation* ist Repräsentant, in wem sich die Repräsentierten wiedererkennen.²⁹ Die *deskriptive Repräsentation* beschreibt hingegen die Deckungsgleichheit zwischen Repräsentierten und Repräsentanten bezüglich sozialer Charakteristika. Repräsentativ ist eine Vertretungskörperschaft, wenn sie gemäß ihrer Zusammensetzung ein verkleinertes Abbild des zu vertretenden Volkes ist.³⁰
- (3) Im Mittelpunkt der *handlungsbezogenen Repräsentation* („substantive acting for“) steht das substanziell-inhaltliche, aktive Handeln des Repräsentanten.³¹ Im Unterschied zu den beiden anderen Begriffsvarianten kommt es an auf die „nature of the activity itself, what goes on during representing, the substance or content of acting for others“³².

Werner J. Patzelt fasst diese Handlungsaspekte des Repräsentierens als Kernelemente einer interaktiven Repräsentationsbeziehung wie folgt zusammen: „(a) Die Repräsentanten handeln im Interesse der Repräsentierten und dabei responsiv. Vorteilhaft ist für Letzteres, wenn die Repräsentierten solche Responsivität nötigenfalls auch erzwingen können. Dafür gibt es kein besseres Mittel als die Verbindung von Repräsentation mit Demokratie in Gestalt des ‚Wiederwahlmechanismus‘ temporaler Gewaltenteilung.³³ (b) Repräsentanten und Repräsentierte können unabhängig voneinander handeln, so dass jederzeit Konflikte zwischen ihnen entstehen können („repräsentationskonstitutives Konfliktpotenzial“). Grundsätzlich wird Repräsentation – und nicht bloß eine Herrschaftsbeziehung – nur dort verlässlich bestehen, wo ein solches gesellschaftliches und politisches Konfliktpotential institutionell auf

26 Jürgen Petersen, a.a.O. (Fn. 6), S. 30; vgl. auch *Hubertus Buchstein*, Repräsentation ohne Symbole – Die Repräsentationstheorie des „Federalist“ und von Hanna F. Pitkin, in: *Gerhard Göhler* (Hrsg.), Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken, Baden-Baden 1997, S. 376 – 432, S. 411 ff.

27 Vgl. *Hubertus Buchstein*, Hanna F. Pitkin, in: *Steffen Kailitz* (Hrsg.), Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 356 – 359, S. 358.

28 Vgl. *Hanna F. Pitkin*, a.a.O. (Fn. 7), S. 38 ff.

29 Vgl. ebenda, S. 92 ff.

30 Vgl. ebenda, S. 60 ff.

31 Vgl. ebenda, S. 112 ff.

32 Ebenda, S. 114.

33 Vgl. *Bruce E. Cain / John A. Ferejohn / Morris P. Fiorina*, The Personal Vote: Constituency Service and Electoral Independence, Cambridge 1987; *Adam Przeworski / Susan C. Stokes / Bernard Manin* (Hrsg.), Democracy, Accountability, and Representation, Cambridge 1999; *Winfried Steffani*, Das magische Dreieck demokratischer Repräsentation: Volk, Wähler und Abgeordnete, in: *ZParl*, 30. Jg. (1999), H. 3, S. 772 – 793.

Dauer gestellt und maximiert ist: einsteils durch gesicherte Kommunikations-, Organisations- und Versammlungsfreiheit der Repräsentierten, andernteils durch ein jederzeit in Anspruch Nehmbares, wenn auch nicht persönlich folgenlos nutzbares freies Mandat der Repräsentanten.³⁴ (c) Repräsentation besteht genau solange, wie es den Repräsentanten gelingt, dieses Konfliktpotenzial im Großen und Ganzen befriedet zu halten. Hierzu führt einsteils praktizierte und obendrein glaubhaft gemachte Responsivität der Repräsentanten, andernteils problemlösende politische Führung, die wirksames Entscheidungshandeln gekonnt mit dessen überzeugender Darstellung verbindet.“³⁵

Hubertus Buchstein sieht den ungebrochenen Reiz von *Pitkins* Arbeit darin, dass sie darauf verzichtet, den Repräsentationsdefinitionen ihre eigene hinzuzufügen. Mit ihrem responsiv geprägten Repräsentationsverständnis gewinnt darüber hinaus ihre Konzeption eine „normative Pointe“, die auch heute als „kritischer Maßstab bei der Beurteilung repräsentativer Demokratien fungieren kann“³⁶.

2.2. Konzentration auf handlungsbezogene Repräsentation

(1) „Representation rethought“: Ergänzungen, aber keine Abkehr von *Pitkin*

Zieht man die Grenzen des Gegenstandes relativ eng, so scheint aus heutiger Sicht die theoretische Beschäftigung mit Repräsentation mit *Pitkins* Arbeit erst begonnen zu haben. Die von ihr vorgegebene Ausrichtung auf repräsentatives Handeln, Interessen, Responsivität und Repräsentationssysteme bei Abwertung symbolischer, formaler und deskriptiver Aspekte hat dabei den Rahmen für die Debatte gesetzt.³⁷ Attraktiv macht *Pitkins* Repräsentationstheorie nicht nur „ihr glückliches Verhältnis von Integrationskraft und konzeptioneller Einfachheit“³⁸, sondern ihre für die behavioristisch orientierte, empirische Forschung leicht operationalisierbare Grundausrichtung. Wie später noch zu sehen sein wird, eignet sie sich besonders gut als Basis für Typologisierungen von Rollenverhalten wie bei *John C. Wahlke* u.a., *Roger H. Davidson* oder *Donald D. Searing*, ebenso wie für Untersuchungen über den Stil der Repräsentanten bei *Richard F. Fenno* und – für die deutsche Forschung – *Werner J. Patzelt*.³⁹

Einige Arbeiten modifizieren und erweitern *Pitkins* theoretisches Konzept von Repräsentation. So haben *Heinz Eulau* und *Paul Karps* 1978 die Beziehung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten konkretisiert. Sie unterscheiden dafür vier Typen von Responsivität:

34 Vgl. *Jürgen Lückhoff*, Das „freie“ Mandat des Abgeordneten, in: APuZ, B 5/1989, S. 17 – 25.

35 Zusammenfassung des „Kerns“ politischer Repräsentation nach *Hanna F. Pitkin*, a.a.O. (Fn. 7), S. 209 f. bei *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 21), S. 335.

36 *Hubertus Buchstein*, a.a.O. (Fn. 27), S. 358.

37 Vgl. *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 37.

38 *Werner J. Patzelt*, Parlamentarismus, in: *Ludger Helms / Uwe Jun* (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt am Main / New York 2004, S. 97 – 129, S. 107.

39 Vgl. *John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / LeRoy C. Ferguson*, a.a.O. (Fn. 8); *Roger H. Davidson*, The Role of the Congressman, New York 1969; *Donald Searing*, a.a.O. (Fn. 11); *Richard F. Fenno*, a.a.O. (Fn. 12); *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 25); ders., Abgeordnete und ihr Beruf. Interviews – Umfragen – Analysen, Berlin 1995.

- (1) Politikresponsivität („policy responsiveness“) äußert sich im Eingehen von Abgeordneten auf politische Impulse und schlussendlich in der inhaltlichen Übereinstimmung des Abgeordnetenverhaltens und der Präferenzen der Wähler im Wahlkreis;
 - (2) Allokationsresponsivität („allocation responsiveness“) im Bemühen um finanzielle oder strukturelle Wohltaten für den Wahlkreis;
 - (3) Serviceresponsivität („service responsiveness“) im Einsatz für konkrete Anliegen von Einzelbürgern oder Gruppen und
 - (4) symbolische Responsivität („symbolic responsiveness“) in Bekundungen guten Willens.⁴⁰
- Die beiden Autoren weisen auch darauf hin, dass die Repräsentanten einen unterschiedlichen „focus“ haben können, das heißt sich an einer geografischen Einheit, an individuellen Personen und an spezifischen Solidar- oder funktionalen Gruppen orientieren.⁴¹ Darauf aufbauend unterscheiden *Gerhard Loewenberg* und *Samuel C. Patterson* die Bezugspunkte Wahlkreis, Partei und Gruppe.⁴²

Seit den 1990er Jahren ist ein erneutes Aufblühen der theoretischen Diskussion zu beobachten, die Impulse für umfassendere Konzeptionalisierung von Repräsentation liefert.⁴³ Besondere Resonanz erzielen die Beiträge von *Andrew Rehfeld*, *Jane Mansbridge*, *Suzanne Dovi*, *Michael Saward* und *Lisa Disch*.⁴⁴ Insbesondere Mansbridges Zusammenschau verschiedener Repräsentationsformen, die sich vor allem auf Fragen der formalen Autorisierung und Rechenschaftspflicht der Repräsentanten richten, erscheint wegweisend.⁴⁵ Was Pitkin als formale Repräsentation – die Autorisierung im Sinne eines Versprechens auf zukünftige Handlung ab dem Zeitpunkt der Wahl verbunden mit der Möglichkeit späterer Sanktionsmöglichkeit – beschreibt, kritisiert Mansbridge als „promissory representation“⁴⁶ und stellt dem drei neuere Konzepte entgegen:

40 Vgl. *Heinz Eulau* / *Paul D. Karps*, a.a.O. (Fn. 4), S. 55 – 71.

41 Vgl. ebenda, S. 68.

42 Vgl. *Gerhard Loewenberg* / *Samuel C. Patterson*, Comparing Legislatures, Boston / Toronto 1979, S. 169.

43 Dabei handelt es sich einerseits um historisch-ideengeschichtlich begründete Analysen (vgl. *Frank R. Ankersmit*, a.a.O. (Fn. 15); *Nadia Urbinati*, a.a.O. (Fn. 15)), andererseits um analytische Weiterentwicklungen von Pitkins Repräsentationstheorie (vgl. *Sofia Näsström*, Representative Democracy as Tautology. Ankersmit and Lefort on Representation, in: European Journal of Political Theory, 5. Jg. (2006), H. 3, S. 321 – 342; *Nadia Urbinati* / *Mark E. Warren*, The Concept of Representation in Contemporary Democratic Theory, in: Annual Review of Political Science, 11. Jg. (2008), S. 387 – 412).

44 Vgl. *Andrew Rehfeld*, Towards a General Theory of Political Representation, in: Journal of Politics, 68. Jg. (2006), H. 1, S. 1 – 21; *Suzanne Dovi*, The Good Representative, Malden 2007; *Michael Saward*, Representation and Democracy: Revisions and Possibilities, in: Sociology Compass, 2. Jg. (2008), H. 3, S. 1000 – 1013; ders., Authorisation and Authenticity: Representation and the Unelected, in: Journal of Political Philosophy, 17. Jg. (2009), H. 1, S. 1 – 22; *Lisa Disch*, Toward a Mobilization Conception of Democratic Representation, in: American Political Science Review, 105. Jg. (2011), H. 1, S. 100 – 114; auf einander Bezug nehmend: *Andrew Rehfeld*, Representation Rethought: On Trustees, Delegates, and Gyroscopes in the Study of Political Representation and Democracy, in: American Political Science Review, 103. Jg. (2009), H. 2, S. 214 – 230; *Jane Mansbridge*, Clarifying the Concept of Representation, in: American Political Science Review, 105. Jg. (2011), H. 3, S. 621 – 630; *Andrew Rehfeld*, The Concepts of Representation, in: American Political Science, 105. Jg. (2011), H. 3, S. 631 – 641.

45 Vgl. *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 39.

46 Vgl. *Jane Mansbridge*, a.a.O. (Fn. 23), S. 516.

- (1) Bei der antizipatorischen Repräsentation („anticipatory representation“) ist der Repräsentant in seinem Handeln nicht auf das Versprechen zum Zeitpunkt seiner Wahl konzentriert; er antizipiert vielmehr die Erwartungen der Wähler zur zukünftigen Wahl.
- (2) Die gyroskopische Repräsentation („gyroscopic representation“), die man auch als „Repräsentation durch Rekrutierung“ bezeichnen kann, geht davon aus, dass Präferenzen der Repräsentanten nur schwer änderbar sind. Politischer Wandel ist daher nur durch Abwahl und Austausch von Repräsentanten möglich.
- (3) Die Ersatz-Repräsentation („surrogate representation“) erstreckt sich über die Beziehung zwischen den Repräsentanten und ihren Wählern im Wahlkreis hinaus und betrachtet vielmehr Repräsentationsleistungen, die sich auf andere Gruppen innerhalb des gesamten Repräsentationssystems beziehen.⁴⁷

Mansbridges Blick macht die Mehrdimensionalität von Repräsentation deutlich und erweitert die bestehende Konzeption zwischen Repräsentanten und ihrem Wahlkreis. Fragen der Territorialität behandelt auch *Andrew Rehfeld*: Durch zunehmende Mobilität und Migration der Wählerschaft sieht er die Legitimität jener politischen Repräsentativsysteme bedroht, die auf territorialen Repräsentationsmechanismen einer „Wahlkreisgeometrie“ beruhen. Seine Ausführungen enden im Gedankenexperiment, ob und wie sich Politikinhalte unter „randomized, permanent, national electoral constituencies“⁴⁸ ändern würden.

Nur wenige Arbeiten haben das ideengeschichtliche Konstrukt von *Pitkin* umgestaltet und sind dadurch zu anderen normativen Akzentuierungen gelangt: *Bernard Manin* beschreibt beispielsweise den Bedeutungsverlust der handlungsbezogenen Repräsentation im Zuge des Wandels einer parteien- zu einer publikumsgeprägten Demokratie („democratie du public“). Dass sich das Handeln der Repräsentanten in öffentliche Arenen verlagert, birgt für ihn Chancen und Risiken zugleich: Die Repräsentierten könnten sich zunehmend partei- und klientelunabhängig beteiligen, während gleichzeitig die medial vermittelte Kommunikation Störungen hervorzurufen droht, da das Image der Repräsentanten wichtiger als politische Inhalte wird und der durch Meinungsumfragen aufscheinende Wählerwille nur ein Zerrbild darstellt.⁴⁹ *Pitkin* selbst sieht in ihren neueren Arbeiten auch eben diese Gefahren für die repräsentative Demokratie: „The arrangements we call ‚representative democracy‘ have become a substitute for popular self-government, not its enactment.“⁵⁰

Großen Anklang findet in den letzten Jahren *Michael Sawards* Konzeption der „representative claims“.⁵¹ Im Gegensatz zu *Pitkin* besteht sein Interesse in „understanding what representation does, rather than what it is; to explore the effects of its invocation rather than its institutional embodiment; to stress its dynamic character rather than its correctly understood forms or types“⁵². Repräsentation wird für ihn nicht erst durch Wahlen hergestellt,

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 516 – 522; zusammenfassend *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 39.

⁴⁸ *Andrew Rehfeld*, The Concept of Constituency. Political Representation, Democratic Legitimacy, and Institutional Design, Cambridge 2005, S. 210.

⁴⁹ Vgl. *Bernard Manin*, Principes du gouvernement représentatif, Paris 1995; in der deutschen Übersetzung: ders., Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin 2007; zusammenfassend *Annette Knaut*, Abgeordnete als Politikvermittler. Zum Wandel von Repräsentation in modernen Demokratien, Baden-Baden 2009, S. 48 ff.

⁵⁰ *Hanna F. Pitkin*, Representation and Democracy: Uneasy Alliance, in: Scandinavian Political Studies, 27. Jg. (2004), H. 3, S. 335 – 342, S. 340.

⁵¹ Vgl. *Michael Saward*, The Representative Claim, Oxford 2009.

⁵² Ebenda, S. 4.

sondern kommt durch Repräsentationsansprüche, die von verschiedenen (politischen) Akteuren artikuliert werden, zustande. Mit ihnen stellen Akteure eine Behauptung in die Öffentlichkeit, dass jemand (sie selbst oder jemand anderes) als Vertreter von Interessen oder Interessenten handelt. Repräsentationsansprüche lassen sich so „als in Identitätsrhetoriken eingebettete Handlungen und Sprechakte unterschiedlichster Art verstehen“⁵³. Ein solcher „representative claim“ besteht für *Saward* aus fünf Elementen: Ein Autor („the maker“) erhebt einen Repräsentationsanspruch und benennt ein Subjekt („the subject“), das als handlungsfähiger Vertreter eines Objekts („the object“) dieses (auch abbildend) repräsentiert, wobei das repräsentierte Objekt auf Referenten („the referent“) verweist. Schließlich werden die Repräsentationsansprüche vor einem Publikum („the audience“) inszeniert.⁵⁴ *Saward* betont damit, dass bei der Untersuchung von Repräsentationsansprüchen jeweils danach zu fragen ist, wer die Ansprüche in wessen Namen zu welcher Angelegenheit vor welchem Publikum erhebt. Werden die Bezugsgruppen und Akteure unterschiedlicher Handlungszonen – zum Beispiel Wahlkreis- und Parteiinteressen – in das Beziehungsgefüge – in dessen Mitte der Repräsentant steht – eingebunden, handelt es sich konzeptionell nicht mehr nur um duale, sondern mindestens um triadische Beziehungen („triangular conceptions of representation“⁵⁵) zwischen Repräsentanten und Repräsentierten.

(2) Traditionslinien der deutschen Repräsentationstheorie

Die deutsche Repräsentationstheorie zeichnet sich bis heute insbesondere durch eine ausgeprägte traditionell ideengeschichtliche⁵⁶ sowie staatsrechtliche und formalistische Komponente aus.⁵⁷ Die Rezeption internationaler Studien beschränkt sich im Wesentlichen auf *Hanna F. Pitkin* und auf das mit ihr und *Heinz Eulau* und *Paul Karpf* verbundene Konzept der Responsivität. Beachtung erlangten in diesem Zusammenhang die Arbeiten von *Herbert*

53 Erik Jentges, Die soziale Magie politischer Repräsentation: Charisma und Anerkennung in der Zivilgesellschaft, Bielefeld 2010, S. 42.

54 Vgl. Michael Saward, a.a.O. (Fn. 51), S. 36; Erik Jentges, a.a.O. (Fn. 53), S. 42.

55 Vgl. Michael Saward, a.a.O. (Fn. 51), S. 48.

56 Vgl. Hasso Hofmann, Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, Berlin 1974; Benedikt Haller, Repräsentation. Ihr Bedeutungswandel von der hierarchischen Gesellschaft zum demokratischen Verfassungsstaat, Münster 1987. Zu einer normativen Theorie repräsentativer Demokratie: Peter Graf Kielmansegg, Die Quadratur des Zirkels. Überlegungen zum Charakter der repräsentativen Demokratie, in: Ulrich Matz (Hrsg.), Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Köln u.a. 1985, S. 9 – 42; zuletzt ders., Die Grammatik der Freiheit: Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden 2013, S. 39 – 70.

57 Vgl. Gerhard Leibholz, Die Repräsentation in der Demokratie, Berlin / New York 1973; Ernst-Wolfgang Böckenförde, Demokratische Willensbildung und Repräsentation, in: Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2, Heidelberg 1987, S. 29 – 48; Christoph Gisy, Demokratische Repräsentation, in: Zeitschrift für Politik, 36. Jg. (1989), H. 3, S. 264 – 285; Suzanne S. Schüttemeyer, Repräsentation, in: Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultz (Hrsg.), Lexikon der Politik, Band 1: Politische Theorien, München 1995, S. 543 – 552, S. 550; Lutz Berthold, Die beiden Grundbedeutungen des Repräsentationsbegriffs, dargestellt an Autoren aus dem Umfeld der Weimarer Staatslehre, in: Gerhard Göbler (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 26), S. 363 – 375; Heinrich Bußhoff, Politische Repräsentation: Repräsentativität als Bedingung und Norm von Politik, Baden-Baden 2000.

*Uppendahl*⁵⁸, *Stefan Marschall*⁵⁹ und – besonders als empirische Überprüfungen – jene von *Werner J. Pattzel*⁶⁰ und *Frank Brettschneider*.⁶¹

Uppendahl verankerte das Konzept der Responsivität – unter Bezug auf die geschichtlichen Wurzeln des Begriffes – in der deutschen Forschung. Bei der Ausgestaltung der Responsivitätskomponente stellt er stärker als *Pitkin* auf den „menschlichen Faktor“ ab⁶², betont die Notwendigkeit von Handlungsspielräumen der Repräsentanten sowie deren „Fähigkeit zur Identifizierung der Wünsche, Vorstellungen und Bedürfnisse der Repräsentierten“⁶³. Die aktive Kommunikation der Bürger durch Partizipation ist die Voraussetzung für Responsivität, damit Bürger ihre Präferenzen an die Abgeordneten vermitteln können. Repräsentation bleibt aber immer, so *Stefan Marschall*, eine Kombination aus politischer Führung und Responsivität.⁶⁴ Zum Gelingen einer wechselseitigen Kommunikation tragen Massenmedien einen wichtigen Teil bei, so dass die Praktiken und Prozesse der Kommunikation von Repräsentanten und Repräsentierten ein etabliertes Forschungsfeld in der vergleichenden Politikwissenschaft darstellen.⁶⁵

Der Beitrag von *Dietrich Herzog*, eine systemtheoretisch orientierte „kybernetische“ Repräsentationstheorie zu entwerfen, die stark auf die Vernetzungsaspekte politischer Repräsentation abhebt, hat hingegen nur beschränkten Einfluss gehabt.⁶⁶ *Herzog* rückt die Steu-

58 Vgl. *Herbert Uppendahl*, Repräsentation und Responsivität: Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie, in: ZParl, 12. Jg. (1981), H. 1, S. 123 – 134.

59 Vgl. *Stefan Marschall*, Parlamentarische Repräsentation in der Informationsgesellschaft, in: Zeitschrift für Politik, 45. Jg. (1998), H. 3, S. 282 – 299.

60 Vgl. *Werner J. Pattzel*, a.a.O. (Fn. 25).

61 Responsivität fußt bei *Frank Brettschneider* im Wesentlichen auf Kongruenz von Bürgerinteressen einerseits und messbaren politischen Outputs (Gesetzentwürfe, Anträge, Anfragen u.a.) andererseits. Vgl. *ders.*, Öffentliche Meinung und Politik. Eine empirische Untersuchung zur Responsivität des Deutschen Bundestages zwischen 1949 und 1990, Opladen 1995.

62 Vgl. *Achim Kielhorn*, Rollenorientierungen von Abgeordneten in Europa. Eine empirische Analyse von Bestimmungsgründen und Konsequenzen der Repräsentationsrolle von Parlamentariern in elf EU-Ländern, Dissertation an der Freien Universität Berlin 2002, S. 16 f.

63 *Herbert Uppendahl*, a.a.O. (Fn. 58), S. 129.

64 Vgl. *Stefan Marschall*, a.a.O. (Fn. 59), S. 287.

65 Die zentralen Befunde der vergleichenden Literatur lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die direkte Kommunikation mit den Wählern ist in Deutschland im Vergleich zu den USA von geringerer Intensität. Parteien stellen die zentralen Verbindungsglieder zwischen Bürger und Staat dar. Die Herstellung von Politikresponsivität tritt hinter die Bereitstellung von Service- und Allokationsresponsivität in den Hintergrund. Vgl. *Heinrich Oberreuter*, Repräsentation ist Kommunikation, in: *Jürgen Falter / Christian Fenner / Michael Ih. Greven* (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 238 – 253; *Dietrich Herzog / Hilke Rebendorff / Bernhard Weßel* (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der Repräsentativen Demokratie, Opladen 1993; *Wolfgang C. Müller / Thomas Saalfeld* (Hrsg.), Members of Parliament in Western Europe: Roles and Behavior, London 1997. Zur elektronischen Wählerkommunikation von Abgeordneten vgl. *Thomas Zittel*, Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten aus vergleichender Perspektive – Medienwandel oder Demokratiewandel?, in: ZPol, 18. Jg. (2008), H. 2, S. 185 – 208; *Jens Tönscher / Laura Will*, Abgeordnete online? Internetaktivitäten und -bewertungen der Mitglieder des Deutschen Bundestages, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 3, S. 504 – 518.

66 Vgl. *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 15); kritisch zum Konzept der kybernetischen Repräsentations-theorie: *Thomas Mirbach*, Eine kybernetische Auflösung des Repräsentationsproblems?, in: ZParl, 23. Jg. (1992), H. 4, S. 658 – 672. Für die systemtheoretische Sicht zum Thema Parlamentarismus vgl. zum Beispiel auch *Niklas Luhmann*, Politische Soziologie, hrsg. von *André Kieserling*, Berlin

erungs- und Problemfähigkeit des Parlaments – mit besonderem Augenmerk auf den Kommunikationsprozess zwischen den Akteuren – in den Vordergrund seines Modells.⁶⁷ Auffällig ist dabei, dass die direkte Kommunikation von Abgeordneten und Bürgern wenig Bedeutung hat: „Die Kommunikation verläuft zwar weiterhin über Individuen, aber hauptsächlich (und notwendigerweise) zwischen Kollektiven.“⁶⁸ Bernhard Wefels überprüfte diesen Ansatz empirisch⁶⁹, indem er Kommunikation in Form von Mitgliedschaften in und Kontakten zu gesellschaftlichen Organisationen konzeptionalisierte. Die Ergebnisse bestätigten, dass Kontakte von Abgeordneten zu gesellschaftlichen Gruppen zu einer besseren Repräsentation derjenigen Bürgerinteressen führen, die über diese Organisationen vertreten werden.⁷⁰ Dass der Bürger nur selten direkt den Kontakt zu Abgeordneten sucht, bestätigen auch Werner J. Patzelt und Karin Algasinger. Deshalb sei es für Repräsentanten wichtig, Schnittstellen zur Gesellschaft zu schaffen. Am tiefsten verwurzelt sind Abgeordnete demnach in der Kommunalpolitik, in ihren Parteien und im vorpolitischen Raum.⁷¹

2.3. Revitalisierung deskriptiver, symbolischer und formaler Repräsentation

(1) Deskriptive Repräsentation: „Politics of Presence“?

Parallel zu Weiterentwicklungen des bei Pitkin dargestellten Ansatzes handlungsbezogener Repräsentation fand in den letzten Jahrzehnten auch eine vertiefe theoretische Auseinandersetzung mit der deskriptiven, symbolischen und formalen Repräsentation statt. Ins Blickfeld der Forschung kam die deskriptive Ausprägungsvariante – auch als „social representation“⁷² bezeichnet – verstärkt im Zuge der Diskussion der feministischen Theorie⁷³ und Identitätspolitik.⁷⁴ Folgt man Petersen, liegt beiden Theorien das Argument zu Grunde, dass der Neutralitätsanspruch der politischen Sphäre nicht aufrecht erhalten werden

2010. Kritisch Heinrich Oberreuter, Republikanische Demokratie. Der Verfassungsstaat im Wandel, Baden-Baden 2012, S. 165 ff.

67 Vgl. Dietrich Herzog, a.a.O. (Fn. 15), S. 315.

68 Ebenda, S. 320.

69 Vgl. Bernhard Wefels, Abgeordnete und Bürger: Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation, in: Hans Dieter Klingemann / Richard Stöss / ders. (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung, Opladen 1991, S. 325 – 356; ders., Politische Repräsentation als Prozeß gesellschaftlich-parlamentarischer Kommunikation, in: Dietrich Herzog / Hilke Rebenstorf / ders. (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 65), S. 99 – 137.

70 Vgl. Bernhard Wefels, Politische Repräsentation, a.a.O. (Fn. 69), S. 137.

71 Vgl. Werner J. Patzelt / Karin Algasinger, Abgehobene Abgeordnete. Die gesellschaftliche Vernetzung der deutschen Volksvertreter, in: ZParl, 32. Jg. (2001), H. 3, S. 503 – 527.

72 Vgl. Peter Esaiasson / Sören Holmberg, Representation From Above. Members of Parliament and Representative Democracy in Sweden, Aldershot 1996.

73 Vgl. Carol Pateman, The Sexuell Contract, Stanford 1988. Die politikwissenschaftlich-feministische Theorie aus den USA und Frankreich kam nur zögerlich in den deutschen Sprachraum; vgl. Birgit Seeman, Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung, Opladen 1996; Barbara Holland-Cunz, Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen 1998.

74 Vgl. Axel Honneth, Kampf um Anerkennung: Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt am Main 1992; kritisch Dietrich Herzog, a.a.O. (Fn. 15), S. 309 ff.

könne, wenn Ungleichheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur toleriert, sondern im Ergebnis auch perpetuiert werden: „Denn die Negation der Relevanz von sozialen, kulturellen, geschlechtlichen oder ethnischen Zughörigkeiten durch die liberale Sichtweise individueller Selbstbestimmung verkenne sowohl die Bedeutung solcher Identitäten für soziale Individuen als auch die Machtunterschiede zwischen diesen Gruppen.“⁷⁵ Autoren wie *Iris Marion Young*, *Anne Phillips* und *Melissa Williams* plädieren aus diesem Grund für eine Sicherung politischer Beteiligung „unterdrückter“ Gruppen im Prozess repräsentativer Politikgestaltung.⁷⁶ Nach *Jane Mansbridge* ist die Forderung dann gerechtfertigt, wenn die Interessen der Repräsentierten für Repräsentanten nicht scharf erkennbar seien und Entscheidungen anständen, bei denen das Entscheidungsverhalten von Repräsentierten und Repräsentanten stark mit einem bestimmten Merkmal korreliere. In diesem Fall berge die deskriptive Disproportionalität die Gefahr, dass die von den Repräsentanten getroffene Entscheidung spürbar von den Interessen der Repräsentierten abweiche.⁷⁷

Die Diskussion um das Ideal deskriptiver Repräsentation bleibt in der Regel auf einer abstrakten, normativen Ebene. Eine Ausnahme bildet unter anderem die Arbeit von *Williams*, die Forderungen gruppenspezifischer Repräsentation mit solchen der praktischen Umsetzbarkeit kombiniert.⁷⁸ Dennoch lassen sich auch die eher abstrakten Theorieansätze nutzen.⁷⁹ *Young* setzt beispielsweise die Exklusion in Verbindung zu strukturellen Gegebenheiten: Denn Institutionen, die Repräsentation ermöglichen, tragen (Geschlechter-)Strukturen in sich, die Regeln und Rollenverhalten präferieren.⁸⁰

Die deskriptive Repräsentation verdankt ihren Zuspruch nicht zuletzt der einfachen empirischen Überprüfbarkeit: Die soziale Zusammensetzung von Gesellschaft und Parlament lässt sich mit einfachen Mitteln vergleichen.⁸¹ Folglich liegen unter anderem eine große Anzahl an Studien zur Repräsentation von Frauen⁸², ethnischen Minderheiten

75 Vgl. *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 37.

76 Vgl. *Iris Marion Young*, *Justice and the Politics of Difference*, Princeton 1990; *dies.*, *Deferring Group Representation*, in: *Ian Shapiro / Will Kymlicka* (Hrsg.), *Ethnicity and Group Rights*, New York 1997, S. 349 – 376; *dies.*, *Inclusion and Democracy*, Oxford 2000; *dies.*, *Equality of Whom? Social Groups and Judgments of Injustice*, in: *Journal of Political Philosophy*, 9. Jg. (2001), H. 1, S. 1 – 36; *Anne Phillips*, *Engendering Democracy*, Cambridge 1991; *dies.*, *The Politics of Presence*, Oxford 1995; *Melissa S. Williams*, *Voice, Trust, and Memory: Marginalized Groups and the Failings of Liberal Representation*, Princeton 1998.

77 Vgl. *Jane Mansbridge*, *Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent „Yes“*, in: *Journal of Politics*, 61. Jg. (1999), H. 3, S. 628 – 657.

78 Vgl. *Melissa S. Williams*, a.a.O. (Fn. 76).

79 Vgl. *Annette Knaut*, a.a.O. (Fn. 49), S. 117.

80 Vgl. *Iris Marion Young*, *Fünf Formen der Unterdrückung*, in: *Herta Nagl-Docekal / Herlinde Pauer-Studer* (Hrsg.), *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*, Frankfurt am Main 1996, S. 99 – 139, S. 104.

81 Vgl. das Argument bei *Achim Kielhorn*, a.a.O. (Fn. 62), S. 17.

82 Vgl. für Deutschland zum Beispiel *Beate Hoecker*, *Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1990 – Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie*, in: *ZParl*, 25. Jg. (1994), H. 4, S. 556 – 581; *Sabine Lemke-Müller*, *Abgeordnete im Parlament. Zur Parlamentskultur des Deutschen Bundestages in den neunziger Jahren*, Rheinbreitbach 1999; *Lars Holtkamp / Sonja Schmitke*, *Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen*, in: *Femina Politica*, 17. Jg. (2008), H. 2, S. 53 – 64. Für den internationalen Forschungsstand vgl. *Mercedes Mateo Diaz*, *Representing Women? Female Legislators in West European Parliaments*, Colchester 2005; *Pippa Norris / Joni Lovenduski*, *Blair's Babes: Critical Mass Theory, Gender, and Legislative Life*, Harvard 2001; *Nina*

ten⁸³ und Menschen mit Migrationshintergrund⁸⁴ vor. Für Deutschland wurde, um ein Beispiel zu nennen, die deutliche Unterrepräsentation von Frauen im Bundestag nicht nur festgestellt, sondern auch heftig kritisiert. So verbesserungswürdig ein niedriger Frauenanteil ist, so wenig kann aus ihm umstandslos geschlossen werden, dass frauenspezifische Interessen keine Berücksichtigung finden oder weibliche Abgeordnete marginalisiert werden.⁸⁵ Ohnehin ist die Kandidatenaufstellung das Nadelöhr, denn insbesondere für (aussichtsreiche) Direktmandate, wurden Frauen deutlich seltener nominiert.⁸⁶ Sandra Brunsbach untersucht den Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation im Bundestag und kommt zu dem Schluss, dass ein höherer Frauenanteil nicht automatisch zu mehr Artikulation von Fraueninteressen führt. Zwar besitzen weibliche Abgeordnete andere Präferenzen als ihre männlichen Kollegen bei frauenspezifischen Interessen; ob und wie sie diese aber ins Parlament einbringen, hängt in erster Linie vom (partei-)politischen Kontext und nicht von ihrer prozentualen Stärke im Bundestag ab.⁸⁷

Insgesamt ist festzuhalten: Der Vergleich von Repräsentanten und Repräsentierten hat sinnvolle empirische Fragestellungen hervorgebracht. So sind die Ergebnisse der „Identitätsprüfung“ eindeutig, jedoch bleiben die Prämissen der deskriptiven Repräsentationsforschung problematisch.⁸⁸ Diesem Theoriezweig liegt zwar die immanente Annahme zugrunde, dass Sozialcharakteristika sich unmittelbar in stringentes Denken und Handeln fortsetzen, jedoch wird dies selten empirisch geprüft.⁸⁹ Insofern kann die Forschung zu deskriptiver Repräsentation nur einen begrenzten Beitrag zur Aufklärung des komplexen Phänomens politischer Repräsentation leisten.⁹⁰

C. Raum, Gender Equality and Political Representation: A Nordic Comparison, in: West European Politics, 28. Jg. (2005), H. 4, S. 872 – 897; *Michele Swers*, The Difference Women Make – The Policy Impact of Women in Congress, Chicago / London 2002.

- 83 Vgl. *Suzanne Dovi*, Preferable Descriptive Representatives. Or Will Just Any Woman, Black, Or Latino Do?, in: American Political Science Review, 96. Jg. (2002), H. 4, S. 745 – 754; *Richard F. Fenn*, Going Home: Black Representatives and Their Constituents, Chicago 2003; *Sonia Alonso / Rubén Ruiz-Rufino*, Political Representation and Ethnic Conflict in New Democracies, in: European Journal of Political Research, 46. Jg. (2007), H. 2, S. 237 – 267.
- 84 Vgl. zum Beispiel *Karen Bird / Thomas Saalfeld / Andreas M. Wüst*, The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies, London 2011; *Andreas M. Wüst / Thomas Saalfeld*, Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden. Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in: *Michael Edinger / Werner J. Patzelt* (Hrsg.), Politik als Beruf, PVS-Sonderheft 44, Wiesbaden 2010, S. 312 – 333.
- 85 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, Editorial, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 1, S. 1 – 2, S. 1.
- 86 Vgl. *Louise K. Davidson-Schmich / Isabelle Kirschner*, Stößt die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 1, S. 25 – 34.
- 87 Vgl. *Sandra Brunsbach*, Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im deutschen Bundestag, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 1, S. 3 – 24.
- 88 So auch *Achim Kielhorn*, a.a.O. (Fn. 62), S. 19.
- 89 Vgl. zur Kritik ebenda, S. 17 ff.; *Dietrich Herzog*, a.a.O. (Fn. 15), S. 311; *Peter Esaiasson / Sören Holmberg*, a.a.O. (Fn. 72), S. 6.
- 90 Vgl. *Peter Esaiasson / Sören Holmberg*, a.a.O. (Fn. 72), S. 46; *Hanne Marthe Narud / Henry Valen*, Does Social Background Matter?, in: *Peter Esaiasson / Knut Heidar* (Hrsg.), Beyond Westminster and Congress: The Nordic Experience, Columbus 2000, S. 83 – 106, S. 102.

(2) Symbolische Repräsentation: Ritualisierung und mediale Inszenierung von Politik

Nach *Hanna F. Pitkin* basiert Repräsentation nicht nur auf sichtbaren Regeln oder Handlungen, „sondern auch auf Werten und Emotionen wie Vertrauen und Akzeptanz, die von Repräsentant und Repräsentierten geteilt werden“⁹¹. Eben diese symbolische Repräsentationskonzeption ist etwas verzögert ins Blickfeld geraten. Vertreter dieser Forschungsrichtung teilen vor allem die bereits bei *Pitkin* geäußerte Skepsis, dass Repräsentation auf irrationale Überzeugungen und Emotionen hinweist, statt auf rationalen Kriterien zu basieren.⁹² Hier hat die Kritik an einer zunehmenden Ritualisierung und medialen Inszenierung von Politik die Frage aufgeworfen, inwieweit symbolische Vergegenwärtigungen notwendiger Bestandteil von politischen Systemen sind.⁹³ *James G. March* und *Johann P. Olsen* definieren in diesem Zusammenhang Rituale und Zeremonien als „window dressing for real political processes“ oder als Instrument mit dem „the clever and powerful exploit the naive and weak“⁹⁴.

Die Diskussion um Repräsentation im Sinne von Darstellung hat dabei auch Brücken zu kulturwissenschaftlichen⁹⁵ und psychologischen⁹⁶ Ansätzen geschlagen. Die positive Wirkung für die Integration von gesellschaftlichen Gruppen unterstreicht so zum Beispiel *Ronald Hitzler*, in dem er den Repräsentanten beschreibt als „Teil jenes Zeichenprozesses, jenes (medial-)kommunikativen Geschehens, das die Subsinnwelt des Politischen gegenüber dem alltäglichen Betrachter dieses Szenariums vermittelt“⁹⁷.

Zusammengefasst zeigen symbolische Repräsentationstheorien, dass „Repräsentation mehr ist als konkrete, sichtbare Handlungen oder Kommunikation. Repräsentationsbeziehungen bestehen auch dann, wenn sie nicht sichtbar sind. Repräsentanten sind in gewisser Weise auch Symbolmacher, sie stellen Politik dar und schaffen Vertrauen durch Kommunikation“⁹⁸.

91 *Hanna F. Pitkin*, a.a.O. (Fn. 7), S. 102; Zitat dazu bei *Annette Knaut*, a.a.O. (Fn. 49), S. 104.

92 Vgl. *Hanna F. Pitkin*, a.a.O. (Fn. 7), S. 110 f.

93 Vgl. *Abner Cohen*, Two-dimensional Man. An Essay on the Anthropology of Power and Symbolism in Complex Society, London 1974; *Murray Edelman*, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt am Main 1976; *Thomas Meyer*, Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst, Berlin 1998. Neuerdings weniger pejorativ zum Beispiel *Emma Crewe* / *Marion G. Müller* (Hrsg.), Rituals in Parliaments. Political, Anthropological and Historical Perspectives on Europe and the United States, Frankfurt am Main u.a. 2006 sowie das Sonderheft „Ceremony and Ritual in Parliament“ des Journals of Legislative Studies, 16. Jg. (2010), H. 3.

94 *James G. March* / *Johann P. Olsen*, Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York 1989, S. 52.

95 Vgl. zum Beispiel *Andreas Dörner*, Politainment. Aufklärung durch Unterhaltung, Frankfurt am Main 2001; *Simon Tormey*, „Not in my Name“: Deleuze, Zapismo and the Critique of Representation, in: Parliamentary Affairs, 59. Jg. (2006), H. 1, S. 138 – 154.

96 Vgl. *Guy Kirsch* / *Klaus Mackenscheidt*, Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber. Eine psychologische Ergänzung der ökonomischen Theorie der Politik, Göttingen 1985.

97 *Ronald Hitzler*, Inszenierung und Repräsentation. Bemerkungen zur Politikdarstellung in der Gegenwart, in: *Hans-Georg Soeffner* / *Dirk Tänzler* (Hrsg.), Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft, Opladen 2002, S. 35 – 49, S. 45. Speziell *Gerhard Göhler* hat vermehrt die Absicht verfolgt, das symbolische Moment der Repräsentation zu rehabilitieren: ders. (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 26).

98 *Annette Knaut*, a.a.O. (Fn. 49), S. 104.

(3) Formale Repräsentation: Auswahl- und Sanktionsmöglichkeiten sowie Deliberation

Studien zur formalen Theorie rücken vor allem den Aspekt der Rechenschaftspflicht der Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung.⁹⁹ Insbesondere werden Aspekte freier Wahlen in Verbindung mit der Notwendigkeit von politischen Alternativen¹⁰⁰, der Auswahl der Kandidaten¹⁰¹ oder auch Sanktionsmöglichkeiten¹⁰², etwa Wiederwahlbegrenzungen und Abwahlmöglichkeiten von Amtsinhabern, thematisiert. So genannte „term limits“ lassen sich in den USA besonders gut studieren: Rund die Hälfte der Bundesstaaten hat in unterschiedlichster Ausprägung solche Wiederwahlbegrenzungen für verschiedene Ämter eingeführt.¹⁰³ Die Frage, wie die Repräsentierten dafür Sorge tragen können, dass ihre Repräsentanten, einmal im Amt, in ihrem Sinne handeln, wird zunehmend in Verbindung mit zivilgesellschaftlicher Deliberation diskutiert: Repräsentation verharrt in dieser Sichtweise nicht in der Funktion, einen im Wahlakt geäußerten Willen zu vergegenwärtigen, sondern einen wechselseitigen Prozess der Kommunikation und des Urteilens zu ermöglichen.¹⁰⁴ Die Hoffnungen auf eine partizipatorische Vertiefung der repräsentativen Demokratie stützen sich sowohl auf eine Ausweitung der Entscheidungskompetenzen der Bürger durch direkt-demokratische Instrumente (zum Bei-

99 Vgl. John Dunn, Situating Democratic Political Accountability, in: Adam Przeworski / Susan C. Stokes / Bernard Manin (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 33), S. 329 – 344; Andreas Schedler, Conceptualizing Accountability, in: ders. / Larry Diamond / Marc F. Plattner (Hrsg.), *The Self-Restraining State. Power and Accountability in New Democracies*, Boulder 1999, S. 13 – 28.

100 Vgl. etwa G. Bingham Powell, Political Representation in Comparative Politics, in: Annual Review of Political Science, 7. Jg. (2004), S. 273 – 296; Bernard Manin / Adam Przeworski / Susan C. Stokes, Elections and Representation, in: dies. (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 33), S. 29 – 54; Jane Mansbridge, Representation Revisited. Introduction to the Case against Electoral Accountability, in: Democracy and Society, 2. Jg. (2004), H. 1, S. 12 – 13.

101 Zur Untersuchung von Rekrutierungsmustern von Abgeordneten vgl. Pippa Norris, a.a.O. (Fn. 16); Bernt Krohn Solvang, a.a.O. (Fn. 16); Werner J. Patzelt, Recruitment and Retention in Western European Parliaments, in: Gerhard Loewenberg / Peverill Squire / D. Roderick Kiewiet (Hrsg.), *Legislatures. Comparative Perspectives on Representative Assemblies*, Ann Arbor 2002, S. 80 – 118. Als komparatistische Arbeit zu Rekrutierung und Karrieren siehe vor allem Heinrich Best / Maurizio Cotta (Hrsg.), *Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries*, Oxford 2000. Für die Kandidatenselektion vgl. zum Beispiel Michael Gallagher / Michael Marsh, a.a.O. (Fn. 16); Suzanne S. Schüttmeyer / Roland Sturm, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 539 – 553.

102 Vgl. Shaun Bowler, Recall and Representation. Arnold Schwarzenegger meets Edmund Burke, in: Representation, 40. Jg. (2004), H. 3, S. 200 – 212; John M. Carey, Term Limits and Legislative Representation, Cambridge 1996; ders. / Richard Niemi / Lynda W. Powell / Gary F. Moncrief, The Effects of Term Limits on State Legislatures. A New Survey of the 50 States, in: Legislative Studies Quarterly, 31. Jg. (2006), H. 1, S. 105 – 134; Gerald C. Wright, Do Term Limits Affect Legislative Roll Call Voting? Representation, Polarization, and Participation, in: State Politics & Policy Quarterly, 7. Jg. (2007), H. 3, S. 256 – 280. Auch in Verbindung mit deskriptiver Repräsentation von Frauen in Parlamenten: Susan Carroll / Krista Jenkins, Unrealized Opportunity? Term Limits and the Representation of Women in State Legislatures, in: Women & Politics, 23. Jg. (2001), H. 4, S. 1 – 30.

103 Vgl. Mark M. Shepard, Term Limits. Evidence of Careerism and Socialisation in the U.S. House of Representatives, in: Journal of Legislative Studies, 2. Jg. (1996), H. 3, S. 245 – 266.

104 Vgl. Nadia Urbinati, a.a.O. (Fn. 15), S. 24.

<i>Synopse 1: Ausgewählte Werke der theoretisch-normativen Repräsentationsforschung im Anschluss an Hanna F. Pitkin</i>		
Autor	Ausgangspunkt	Zentraler Untersuchungsgegenstand
Pitkin 1967	empirisch geerdete Theorie guter Repräsentation	aus der Fülle praktischer Begriffsverwendungen destillierte „Kerntheorie“ politischer Repräsentation
Eulau / Karps 1978	Ausdifferenzierung von Pitkins Repräsentationstheorie	Unterscheidung von vier Komponenten der Responsivität („policy, allocation, service, symbolic responsiveness“)
Uppendahl 1981	Konzept der Responsivität unter Bezug auf die geschichtlichen Wurzeln des Begriffes	Ausgestaltung der Responsivitätskomponente stellt auf den „menschlichen Faktor“ ab
Herzog 1989	kybernetisches Repräsentationskonzept	Vernetzungsaspekte politischer Repräsentation
Manin 1995	Wandelbarkeit repräsentativer Demokratie	drei verschiedene Spielarten der repräsentativen Demokratie, aktuell Transformation in eine Publikumsdemokratie („democratie du public“)
Mansbridge 2003	Erweiterung von Pitkins Repräsentationstheorie	Unterscheidung von drei Repräsentationsformen, die sich vor allem auf Fragen der formalen Autorisierung und Rechenschaftspflicht der Repräsentanten konzentrieren („anticipatory, gyroscopic, surrogate representation“)
Saward 2009	Konzeptionalisierung, die über die Repräsentationskomponenten der formalen Autorisierung und Rechenschaftspflicht hinausgeht	Formulierung von Repräsentationsansprüchen („representative claims“)

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

spiel fakultative Referenden)¹⁰⁵ als auch auf „eine Aktivierung von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft sowie darauf aufbauende dialogische Beteiligungsformen“¹⁰⁶. Während differenztheoretische Ansätze zivilgesellschaftliche Aktivitäten als Moment des politischen Prozesses in die Repräsentationsbeziehung einbinden möchten (zum Beispiel durch soziale Foren und Bewegungen)¹⁰⁷, streben deliberative Theorien bis vor einigen Jahren vor allem nach einer Zurückdrängung der Repräsentationsbeziehung durch vielfältige, möglichst in-

105 Vgl. *Heidrun Abromeit*, Wozu braucht man Demokratien? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen 2002, S. 177 – 190; *Frank Decker*, Direkte Demokratie im deutschen Parteienbundesstaat, in: APuZ, B 10/2006, S. 3 – 10; *Florian Grotz*, Direkte Demokratie in Europa. Erträge, Probleme und Perspektiven der vergleichenden Forschung, in: PVS, 50. Jg. (2009), H. 2, S. 286 – 305.

106 *Markus Linden / Winfried Thaa*, Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege?, in: *dies.* (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 305 – 324, S. 315.

107 Vgl. *Iris Marion Young*, Deferring Group Representation, a.a.O. (Fn. 78), S. 361. Nur selten diskutiert wird die damit verbundene Frage, wer mit welchen Einflusschancen an diesem Beteiligungsprozess teilnehmen kann. Vgl. dazu *Markus Linden / Winfried Thaa*, Einleitung. Eine Krise der Repräsentation von Fremden und Armen?, in: *dies.* (Hrsg.), Die politische Repräsentation von Fremden und Armen, Baden-Baden 2009, S. 9 – 18.

klusive und diskursiv geprägte Beratungsprozesse (zum Beispiel durch Bürgerausschüsse, periodisch stattfindende Anhörungen, Mediationsverfahren).¹⁰⁸ Trotz der positiven Möglichkeiten der zusätzlichen Beteiligungsformen warnen *Markus Linden* und *Winfried Thaa* vor der jüngst vertretenen Perspektive einer „multiplen Demokratie“, in der der Charakter der Legitimation durch Wahlen – über die Parlamente im Unterschied zu institutionalisierten Beteiligungsformen verfügen – weitgehend ignoriert wird: „Die Aufweichung dieser Hierarchie der Legitimität würde außerdem die Verständlichkeit von Demokratie und Repräsentation untergraben.“¹⁰⁹

Ausgehend von einer Ausdifferenzierung der bei *Hanna F. Pitkin* noch als sekundär betrachteten deskriptiven, symbolischen und formalen Repräsentationskonzeptionen lässt sich somit für den theoretisch-normativen Strang der Forschung eine durchaus fruchtbare Entwicklung konstatieren (vgl. die zusammenfassende Synopse 1). Gerade durch die Hinwendung zu praxisorientierteren Fragen haben sich neue Möglichkeiten eröffnet.

3. Empirisch-analytischer Forschungsstrang der Repräsentationsforschung

3.1. Kongruenzmodelle: Repräsentation als inhaltliche Übereinstimmung

Zeitgleich mit *Hanna F. Pitkins* Analyse begann eine verstärkte empirische Beschäftigung mit dem Repräsentationskonzept. *Warren E. Millers* und *Donald E. Stokes'* „Constituency Influence in Congress“ bietet zwar „keinen originär neuen repräsentationstheoretischen Ansatz“¹¹⁰, dafür aber einen ersten empirischen Zugang zu repräsentationstheoretischen Grundpositionen, in der Repräsentation als inhaltliche Übereinstimmung des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten mit den Politikpräferenzen ihrer Wähler konzeptualisiert wird – wobei auch die Wechselwirkungen der persönlichen Politikpräferenzen der Abgeordneten mit ihrer Perzeption der Politikpräferenzen ihrer Wähler zu beachten sind.¹¹¹

Miller und *Stokes* modellieren in ihrer Studie den Wahlkreiseneinfluss auf das Abstimmungsverhalten von Abgeordneten anhand einer Untersuchung von 116 Wahlbezirken in den USA, in denen siegreiche und unterlegene Mandatsbewerber sowie die Wahlbürger zu ihren politischen Präferenzen in den Politikfeldern Sozialpolitik („social welfare“), Außenpolitik („foreign involvement“) und Bürgerrechtspolitik („civil rights“) befragt wurden.¹¹² Die grafische Darstellung ihres Modells („diamond model of representation“) stellt drei als empirisch gültig angenommene Pfade dar, wie das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Kongress beeinflusst wird. Diese korrespondieren mit drei Konzepten von Repräsentation: (1) dem *Burke'schen* Repräsentationsmodell des „trustee“ (Abgeordnete als freie Treuhänder);

108 Vgl. *Iris Marion Young*, Inclusion and Democracy, a.a.O. (Fn. 78), S. 132. Eine repräsentationsfreudlichere Position nimmt zum Beispiel ein: *John Parkinson / Jane Mansbridge* (Hrsg.), Deliberative Systems. Deliberative Democracy at the Large Scale, Cambridge 2012.

109 *Markus Linden / Winfried Thaa*, a.a.O. (Fn. 106), S. 317.

110 *Achim Kielhorn*, a.a.O. (Fn. 62), S. 34.

111 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 21), S. 334.

112 Vgl. *Warren E. Miller / Donald E. Stokes*, a.a.O. (Fn. 9), S. 46.

- (2) dem „instructed-delegate“-Modell (Abgeordneter als weisungsgebundener Wahlkreisvertreter) und
- (3) dem „responsible party“-Modell (Abgeordneter vertritt weder die ganze Nation noch den Wahlkreis, sondern die eigene Partei – zugleich der Versuch der exponierten Position politischer Parteien gerecht zu werden).¹¹³

Seinen großen Einfluss verdankt die Arbeit nicht zuletzt ihrem theoretisch sparsamen Charakter. Methodisch führte sie zu Untersuchungen, die die Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zu konkreten politischen Entscheidungsthemen zunächst mit jenen von Abgeordnetenumfragen und sodann beides mit Analysen namentlicher Parlamentsabstimmungen vergleichen.¹¹⁴ Die Nachfolgestudien zeigen die empirischen Untersuchungsmöglichkeiten dieses Ansatzes¹¹⁵: Eine Reihe früher Arbeiten setzte sich direkt und teilweise auf derselben Datenbasis mit der Studie von *Miller* und *Stokes* auseinander¹¹⁶, während andere den Ansatz unverändert auf die politischen Systeme weiterer Länder übertrugen¹¹⁷, das Kongruenzmodell stärker ausdifferenzierten und andere Politikfelder untersuchten¹¹⁸ oder den Fokus von der dyadischen auf die systemische Betrachtungsebene änderten.¹¹⁹ Mit Verzögerung hat auch die vergleichende Repräsentationsforschung das Modell angewandt.¹²⁰

113 Vgl. ebenda, S. 56.

114 Vgl. Werner J. Patzelt, a.a.O. (Fn. 21), S. 334.

115 Vgl. Jürgen Petersen, a.a.O. (Fn. 6), S. 40 f.

116 Vgl. Christopher H. Achen, Measuring Representation, in: American Journal of Political Science, 22. Jg. (1978), H. 3, S. 475 – 510; Robert Weissberg, Assessing Legislator-Constituency Policy Agreement, in: Legislative Studies Quarterly, 4. Jg. (1979), H. 4, S. 605 – 622.

117 Vgl. zu Italien: Samuel H. Barnes, Representation in Italy. Institutionalized Tradition and Electoral Choice, Chicago 1977; Deutschland: Barbara G. Farah, Political Representation in West Germany. The Institution and Maintenance of Mass Linkages, Ann Arbor 1980; Frankreich: Philip E. Converse / Roy Pierce, Political Representation in France, Cambridge 1986.

118 Vgl. James H. Kuklinski / Richard C. Elling, Representational Role, Constituency Opinion, and Legislative Roll-Call Behavior, in: American Journal of Political Science, 21. Jg. (1977), H. 1, S. 135 – 147; Robert S. Erikson, Constituency Opinion and Congressional Behavior. A Reexamination of the Miller-Stokes Representation Data, in: American Journal of Political Science, 22. Jg. (1978), H. 3, S. 511 – 535; Donald J. McCrone / James H. Kuklinski, The Delegate Theory of Representation, in: American Journal of Political Science, 23. Jg. (1979), H. 2, S. 278 – 300; Walter Stone, Mearsuring Constituency-Representative Linkages. Problems and Prospects, in: Legislative Studies Quarterly, 4. Jg. (1979), H. 4, S. 623 – 639; Robert A. Bernstein, Elections, Representation, and Congressional Voting Behavior. The Myth of Constituency Control, Englewood Cliffs 1989; John E. Jackson / David C. King, Public Goods, Private Interests, and Representation, in: American Political Science Review, 83. Jg. (1989), H. 4, S. 1143 – 1164; Larry M. Bartels, Constituency Opinion and Congressional Policy Making. The Reagan Defense Buildup, in: American Political Science Review, 85. Jg. (1991), H. 2, S. 457 – 474.

119 Vgl. Benjamin I. Page / Robert Y. Shapiro, The Rational Public. 50 Years of Trends in American's Political Preferences, Chicago 1992; James A. Stimson / Michael B. MacKuen / Robert S. Erikson, Dynamic Representation, in: American Political Science Review, 89. Jg. (1995), H. 3, S. 543 – 565; Christopher Wlezien, Patterns of Representation. Dynamics of Public Preferences and Policy, in: Journal of Politics, 66. Jg. (2004), H. 1, S. 1 – 24; Jeff Manza / Fay Lomax Cook, A Democratic Polity? Three Views of Policy Responsiveness to Public Opinion in the United States, in: American Politics Research, 30. Jg. (2002), H. 6, S. 630 – 667; Paul Burstein, The Impact of Public Opinion on Public Policy: A Review and Agenda, in: Political Research Quarterly, 56. Jg. (2003), H. 1, S. 29 – 40.

120 Vgl. Ursula Hoffmann-Lange, Kongruenzen in den politischen Einstellungen von Eliten und Bevölkerung als Indikator für politische Repräsentation, in: Hans-Dieter Klingemann / Richard Stöss / Bernhard Weßels (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 69), S. 275 – 289; Oscar W. Gabriel / Frank Bretschnei-

Kritisch diskutiert wurde die Übertragbarkeit des Kongruenzmodells auf politische Systeme, die sich von den USA unterscheiden – vor allem im Bezug auf die Ausgestaltung des Regierungssystems, des Wahlsystems, der Relevanz von Wahlkreisen oder des Fehlens namentlicher Abstimmungen („roll call votes“).¹²¹ Aufgrund der Handlungslogik in parlamentarischen Regierungssystemen, in denen die Regierung von ihrer Parlamentsmehrheit abhängig ist, variiert das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten fast ausschließlich entlang der Trennung von Regierungsmehrheit und Opposition. Damit das Kongruenzmodell hier angewendet werden kann, plädiert *Jacques Thomassen* für eine grundlegende Modifizierung, in der das Abstimmungsverhalten oder die Positionen der Fraktion die unabhängige Variable sind.¹²² Diese Herangehensweise wurde zwar in neueren Studien angewendet¹²³, es bleibt jedoch fraglich, inwieweit daraus Schlüsse über repräsentatives Handeln von Akteuren – insbesondere in Koalitionsregierungen, Vielparteiensystemen und komplexen innerparteilichen Willensbildungssprozessen – gezogen werden können.

Auch wenn die Ergebnisse der vielen empirischen Studien nur schwer zusammenzufassen sind, so zeigt sich, dass in den USA – sowohl auf dyadischer als auch aggregierter Ebene – ein relativ starker Zusammenhang zwischen den Positionen der Repräsentierten und dem Handeln der Repräsentanten besteht.¹²⁴ Im Gegensatz zur individualisierten Verbindung in den USA, kann in Deutschland Kongruenz über ein parteienorientiertes Modell der kollektiven Repräsentation dargestellt werden.¹²⁵ Auf systemischer Analyseebene konstatiert *Frank Brettschneider* eine hohe Übereinstimmung zwischen Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung und parlamentarischem Handeln in Form von Gesetzentwürfen und Anfragen.¹²⁶

Trotz seiner zahlreichen Anwendungen und Ergebnisse lassen sich die Probleme, Repräsentation allein als Kongruenz zu modellieren, nicht verleugnen: (1) Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Bestimmtheit der Präferenzen und Einstellungen auf Seiten der Repräsentierten. *Philip E. Converse* hat in diesem Zusammenhang auf „non-attitudes“ sowie wenig

der / Volker Kunz, Responsivität bundesdeutscher Kommunalpolitiker, in: PVS, 34. Jg. (1993), H. 1, S. 29 – 46; *Jacques Thomassen* / Hermann Schmitt, Policy Representation, in: European Journal of Political Research, 32. Jg. (1997), H. 2, S. 165 – 184; Warren E. Miller / Roy Pierce / Jacques Thomassen / Richard Herrera / Sören Holmberg / Peter Esaiasson / Bernhard Wefels (Hrsg.), Policy Representation in Western Democracies, Oxford 1999; Ian Budge / Michael D. McDonald, Election and Party System Effects on Policy Representation. Bringing Time into a Comparative Perspective, in: Electoral Studies, 26. Jg. (2007), H. 1, S. 168 – 179.

121 Vgl. Jürgen Petersen, a.a.O. (Fn. 6), S. 41; Philip E. Converse / Roy Pierce, a.a.O. (Fn. 117).

122 Vgl. *Jacques Thomassen*, Empirical Research into Political Representation. A Critical Reappraisal, in: Hans-Dieter Klingemann / Richard Stöß / Bernhard Wefels (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 69), S. 259 – 274, S. 270.

123 Vgl. Sören Holmberg, Collective Policy Congruence Compared, in: Warren E. Miller / Roy Pierce / Jacques Thomassen / Richard Herrera / ders. / Peter Esaiasson / Bernhard Wefels (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 120), S. 87 – 109; Hermann Schmitt, Politische Repräsentation in Europa: Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen, Frankfurt am Main 2001, S. 24 – 27.

124 Vgl. Jürgen Petersen, a.a.O. (Fn. 6), S. 41 f.

125 Vgl. Thomas Zittel / Thomas Gschwend, Der Bundestagswahlkampf von 2005 und Kollektive Repräsentation: Ein kurzer Auftakt zum langen Abschied?, in: Frank Brettschneider (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analyse des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 119 – 144, S. 122.

126 Vgl. Frank Brettschneider, Parlamentarisches Handeln und öffentliche Meinung. Zur Responsivität des Deutschen Bundestages bei politischen Sachfragen zwischen 1949 und 1990, in: ZParl, 27. Jg. (1996), H. 1, S. 108 – 126, S. 114 f.

stimmig und zeitlich wenig stabile Einstellungen der Repräsentierten hingewiesen.¹²⁷ Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass zu jeder politischen Frage auch ein differenziertes Meinungsbild vorliegt, das dann im Kongruenzmodell den Vergleichsmaßstab für das Handeln der Repräsentanten bietet. (2) Unabhängig davon kann auch nicht angenommen werden, dass alle Bürger ihre Präferenzen artikulieren (wollen und können).¹²⁸ (3) Obendrein wissen Repräsentanten (in parlamentarischen Systemen) gar nicht, wer „ihre“ Wähler sind. (4) Darüber hinaus verkennt das Kongruenzmodell den Charakter politischer Repräsentation: Diese sieht vor, dass Repräsentanten in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen involviert sind und sich nicht nur das – falls überhaupt vorhandene und artikulierte – Präferenzbild der Repräsentierten und dessen Übertragung in politisches Handeln zur Aufgabe machen. Dies ist ganz im Sinne *Edmund Burkes*, der 1774 in seiner Rede an die Wähler von Bristol seine Handlungsfreiheit zur Maxime seines Mandats erklärte: „Your representative owes you, not his industry only, but his judgement; and he betrays, instead of serving you, if he sacrifices it to your opinion. (...) You choose a member, indeed; but when you have chosen him he is not a member of Bristol, but he is a member of Parliament.“¹²⁹

3.2. Rollen- und Stiltheorien

Mit Abgeordneten in dyadiischen Repräsentationsbeziehungen hat sich die Repräsentationsforschung besonders im Rahmen rollentheoretischer Annahmen beschäftigt.¹³⁰ Als klassische Ausgangsstudie dient das 1962 erschienene Buch „The Legislative System“ von *John C. Wahlke, Heinz Eulau, William Buchanan* und *LeRoy C. Ferguson*.¹³¹ Die von ihnen dargestellten Rollen, definiert als Bündel geteilter und informell vermittelter Normen („coherent set of norms“)¹³², rekonstruieren sie durch die Befragung von Verhaltensanforderungen an Abgeordnete aus vier US-Staatenparlamenten.¹³³ Daran anknüpfend bieten sie ein Ord-

127 Vgl. *Philip E. Converse*, The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: *David E. Apter* (Hrsg.), Ideology and Discontent, London 1964, S. 206 – 261.

128 Vgl. *Danny Schindler*, a.a.O. (Fn. 22), S. 20 f.

129 *Edmund Burke*, Speech to the Electors of Bristol, in: Works of Edmund Burke, Bd. II, Hildesheim 1975 (1774), S. 89 – 98, S. 95 f. Vgl. auch *Winfried Steffani*, Edmund Burke: Zur Vereinbarkeit von freiem Mandat und Fraktionsdisziplin, in: ZParl, 12. Jg. (1981), H. 1, S. 109 – 122.

130 Aus der Soziologie stammend, finden sich dort verschiedene (auch widersprüchliche) Verwendungen vom Konzept der Rolle. Vgl. zusammenfassend *Jürgen von Oertzen*, Das Expertenparlament. Abgeordnetenstrukturen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente, Baden-Baden 2006, S. 23 ff.

131 Nach *Wahlke* u.a. haben sich eine Fülle weiterer Autoren mit der Bedeutung parlamentarischer Normen und Regeln in den USA beschäftigt: vgl. *Charles M. Price / Charles G. Bell*, The Rules of the Game. Political Fact or Academic Fancy?, in: Journal of Politics, 32. Jg. (1970), H. 4, S. 839 – 855; *Emil Lee Bemick / Charles W. Wiggins*, Legislative Norms in Eleven States, in: Legislative Studies Quarterly, 8. Jg. (1983), H. 2, S. 191 – 200; *Gerhard Loewenberg / Thomas C. Mans*, Individual and Structural Influences on the Perception of Legislative Norms in Three European Parliaments, in: American Journal of Political Science, 32. Jg. (1988), H. 1, S. 155 – 177; *Edward V. Schneier*, Norms and Folkways in Congress. How Much Has Actually Changed, in: Congress & The Presidency, 15. Jg. (1988), H. 2, S. 117 – 138.

132 Vgl. *John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / LeRoy C. Ferguson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 8.

133 Ihre wichtigste Fragestellung ist mittlerweile für viele Nachfolgestudien der Ausgangspunkt: „First of all, how would you describe the job of being a legislator – what are the most important things you should do here?“ Ebenda, S. 494.

nungsschema unterschiedlicher parlamentarischer Rollen an. Als Folge ihres methodischen Vorgehens werden Rollen dabei als Rollenorientierungen von Abgeordneten verstanden, nicht aber als eine Kombination von Orientierungen und Verhalten.¹³⁴

Der Rollenansatz stellt damit die Akteure in den Mittelpunkt der empirischen Analyse. So haben Wahlke u.a. unterschiedliche Rollentypologien herausgearbeitet und damit das Geflecht inner- und außerinstitutioneller Handlungsstrukturen nachgezeichnet. Relevant sind vor allem die bei ihnen beschriebenen Repräsentations- („representational roles“, den so genannten Kernrollen zugeordnet) und wahlkreisbezogenen Rollen („areal roles“, den so genannten Klientelrollen zugeordnet), da sie auch für Nachfolgestudien prägend sind.¹³⁵ Repräsentationsrollen unterscheiden sie nach dem bekannten Gegensatz (1) „trustee“ (wichtigste Handlungs- und Entscheidungsgrundlage der Abgeordneten ist deren eigenes Urteil) und (2) „delegate“ (Abgeordneter folgt inhaltlich definiertem Mandat, das die Wähler ihm gegeben haben) sowie (3) der Mischform „politico“. Demnach wird das Verhältnis zu den Repräsentierten in der Literatur oft als Repräsentationsstil („style“) bezeichnet. Wahlkreisbezogene Rollen unterteilen sie hingegen einerseits hinsichtlich des Repräsentationsschwerpunktes, beziehungsweise des räumlichen Repräsentationsfokus: (1) Der wahlkreisorientierten Rolle („district oriented“, Interessen und Wünsche des Wahlkreises bestimmen das Abgeordnetenhandeln) steht (2) die gesamtstaatsorientierte Rolle („state oriented“, Abgeordneter handelt als Vertreter gesamtstaatlicher Interessen) gegenüber, ergänzt um einen Mischtyp („district-state oriented“).¹³⁷ Andererseits ist die Rollenorientierung bei der Wahlkreisarbeit relevant: Hier differenzieren sie zwischen Laufbursche („errand boy“, dem Abgeordneten geht es vor allem um die Erfüllung konkreter Wünsche der Bürger), Kommunikator („communicator“, Abgeordnete bemühen sich um Vermittlung von Informationen in das politische System) und Mentor („mentor“, politische Führung und Bildung der Repräsentierten stehen im Mittelpunkt).¹³⁸

Das Rollenkonzept ermöglicht einen Brückenschlag zwischen der politikwissenschaftlichen Mikro- und Makroanalyse, weil es zwar einzelne Abgeordnete hinsichtlich ihrer persönlichen Rollenorientierungen, Rollenerwartungen und der ihrer Kollegen in den Blick nimmt, die identifizierten Abgeordnetenrollen anschließend aber auch zum gesamten Rollengefüge eines Parlaments zusammensetzt.¹³⁹ Allerdings wurde die Konzeptionalisierung auch vielfach kritisiert: Zum einen hängen Rollenorientierungen und -verhalten in der Praxis von weiteren Variablen ab – zum Beispiel dem spezifischen Politikfeld und der parteipolitischen Bedeutung der zu verhandelnden politischen Fragen.¹⁴⁰ Zum anderen bleibt mit Blick auf die Rollende-

134 Vgl. Helmar Schöne, a.a.O. (Fn. 10), S. 36.

135 Vgl. für die erste Hochphase: Heinz Eulau / Kenneth Prewitt, *Labyrinths of Democracy: Adaptations, Linkages, Representation, and Policies in Urban Politics*, Indianapolis 1973; Heinz Eulau / John C. Wahlke, *The Politics of Representation. Continuities in Theory and Research*, Beverly Hills 1978; Malcom E. Jewell, *Representation in State Legislatures*, Lexington 1982. Auf großes Interesse stieß die Untersuchung von Davidson über den US-Kongress. Er unterscheidet Abgeordnetenrollen primär entlang der Dimension „Insider“ (sieht seine Arbeit hauptsächlich im Parlament) und „Outsider“ (sieht Parlament eher als Mittel für außerhalb liegende Zwecke). Vgl. Roger H. Davidson, *The Role of the Congressman*, New York 1969.

136 Vgl. John C. Wahlke / Heinz Eulau / William Buchanan / LeRoy C. Ferguson, a.a.O. (Fn. 8), S. 267 ff.

137 Vgl. ebenda, S. 289 ff.

138 Vgl. ebenda, S. 304.

139 Vgl. Werner J. Patzelt, a.a.O. (Fn. 25), S. 57 ff., S. 75 f.; ders., a.a.O. (Fn. 21), S. 331.

140 Vgl. Patricia A. Hurley / Kim Quaile Hill, *Beyond the Demand-Input Model: A Theory of Representational Linkages*, in: *Journal of Politics*, 65. Jg. (2003), H. 2, S. 304 – 326.

finition offen, inwiefern vor allem Orientierung und Verhalten seitens der Repräsentanten übereinstimmen, insbesondere was das parlamentarische Abstimmungsverhalten betrifft.¹⁴¹ Angesprochen wurde wiederholt auch eine generelle Kritik, die die fehlende Dynamik und die zu systemkonformen Eigenschaften des Rollenansatzes bemängelt.¹⁴²

Angesichts der Verengung auf Rollenorientierungen wurde die Analyse konkreten Rolleverhaltens von Abgeordneten abseits der parlamentarischen Rollentheorie in Gestalt einer „Stilanalyse“ der Abgeordnetenpraxis weiterentwickelt.¹⁴³ Sie ähnelt dem rollentheoretischen Zugang insofern, als eine detaillierte, mikroskopische Beschreibung des Verhaltens und der individuellen Vorstellungen von der jeweils eigenen Rolle vorgelegt wird. Ausführlich untersucht durch *Richard F. Fenno* in den USA, entstand so eine Theorie des Arbeitsstils der Abgeordneten im Wahlkreis („home style“)¹⁴⁴ und – wenn auch bruchstückhaft – ihrer Parlamentsarbeit (der nach dem Parlamentssitz auf dem Capitol Hill benannte „hill style“).¹⁴⁵ Über sieben Jahre begleitete *Fenno* 18 Mitglieder des US-Repräsentantenhauses in ihren Wahlkreisen bei der Arbeit und gewann somit seine Theorie des Wahlkreisstils aus den Ergebnissen teilnehmender Beobachtungen induktiv.¹⁴⁶ Er schlussfolgert, dass das Verhalten von Abgeordneten in ihren Wahlkreisen durch das Zusammenspiel von vier Elementen bestimmt wird: (1) ihrem Perzeptionsvermögen, (2) verschiedenen Tätigkeiten im Wahlkreis sowie (3) ihren Praktiken der Politikdarstellung und (4) Anpassungsfähigkeiten in einem sich verändernden Wahlkreis.¹⁴⁷ Für Deutschland dargestellt wurden die klassischen zwei Stiltypen von *Uwe Thaysen* („Bonn-Stil versus Basis-Stil“) und *Werner J. Patzelt* („Parlamentsstil versus Wahlkreisstil“).¹⁴⁸

Durch *Donald Searings* Untersuchung des britischen Unterhauses 1994 begann wieder eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Rollentheorie.¹⁴⁹ Er erforschte systematisch das Verhalten der Abgeordneten im Parlament.¹⁵⁰ Dem struktur-funktionalistischen Ansatz *Wahlkes* u.a., stellt *Searing* seine aus Interviews und Beobachtungen gewonnene Beschreibung von Zielen und Motiven („motivational approach“) entgegen, die Repräsentanten in verschiedenen parlamentarischen Positionen verfolgen. Er konzentriert sich dabei allein auf

141 Vgl. *James H. Kuklinski / Richard C. Elling*, Representational Role, Constituency Opinion, and Legislative Roll-Call Behavior, in: *American Journal of Political Science*, 21. Jg. (1977), H. 1, S. 135 – 147; *Donald A. Gross*, Representative Styles and Legislative Behavior, in: *Western Political Quarterly*, 31. Jg. (1978), H. 3, S. 359 – 371.

142 Vgl. *Bruce J. Biddle*, Recent Developments in Role Theory, in: *Annual Review of Sociology*, 12. Jg. (1986), S. 67 – 92.

143 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 21), S. 331 f.

144 Vgl. *Richard F. Fenno*, a.a.O. (Fn. 12); im Überblick zu jener und weiterer Studien: *ders.*, Congressional Travels: Places, Connections, and Authenticity, New York 2007.

145 Vgl. *ders.*, Congressmen in Committees, Boston / Toronto 1973.

146 Vgl. *Helmar Schöne*, a.a.O. (Fn. 10), S. 40.

147 Vgl. ebenda.

148 Vgl. *Uwe Thaysen*, Repräsentation in der Bundesrepublik Deutschland, in: *ders. / Roger H. Davidson / Robert Gerald Livingston* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 73 – 107, S. 95; *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 25), S. 78.

149 Vgl. die folgende einschlägige Literatur: *Wolfgang C. Müller / Thomas Saalfeld* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 65); *Achim Kielhorn*, a.a.O. (Fn. 62) zu Repräsentationsrollen von Parlamentariern in elf EU-Ländern; mit neuesten internationalen Erkenntnissen siehe der Sammelband von *Magnus Blomgren / Olivier Rozenberg* (Hrsg.), Parliamentary Roles in Modern Legislatures, London / New York 2012.

150 Vgl. *Donald Searing*, a.a.O. (Fn. 11).

die Abgeordnetenrollen im Parlament und differenziert zwischen Positions- (zum Beispiel Parlamentarische Geschäftsführer oder Staatssekretäre, die an formale Positionen gebunden sind) und Präferenzrollen (zum Beispiel Wahlkreisvertreter, Fachpolitiker und Karrierepolitiker).¹⁵¹ Auch im Anschluss zeigt sich, dass nur selten untersucht wird, welche verschiedenen Rollen ein Abgeordneter innerhalb des Parlaments innehaben kann, womit der weitere Forschungsbedarf angesprochen sei. In Deutschland hat dies Suzanne S. Schüttemeyer für den Parlamentarischen Geschäftsführer, Joachim Edward Krieger für drei parlamentarische Führungsrollen und zuletzt ausführlich Jürgen von Oertzen zu verschiedenen parlamentarischen Rollen im Arbeitskreis und Ausschuss getan.¹⁵²

In der Mehrzahl beschränken sich die empirischen Untersuchungen über Rollen oft inhaltlich auf den Wahlkreisstil beziehungsweise die Repräsentationsrolle und methodisch auf die Befragung der Rolleninhaber in einzelnen Ländern. Aus diesem Grund stellt das länderübergreifende Forschungsprojekt „Citizens and Representatives in France and Germany“ (CITREP) eine Ausnahme dar. Seit 2010 wird vergleichend der deutsche und französische Alltag politischer Repräsentation im Wahlkreis untersucht. Neben den Einstellungen, Orientierungen und dem Verhalten der Abgeordneten bei der Wahrnehmung der Repräsentationsfunktion stehen die Einstellungen der Bürger gegenüber Abgeordneten, ihren Tätigkeiten und Leistungen im Mittelpunkt der Betrachtung. Für die Datenerhebung wurden Abgeordnete nicht nur interviewt, sondern auch mehrfach begleitet und beobachtet sowie repräsentative Bevölkerungsumfragen in beiden Ländern durchgeführt. Damit wird ein bislang kaum komparatistisch analysiertes Kernelement parlamentarischer Demokratie umfassend beleuchtet.¹⁵³

In einer anderen neueren empirischen Arbeit verbinden Rudy Andeweg und Jacques Thomassen theoretische Impulse und konkrete Analyse. Ihre alternative Typologie zum Trustee-Delegate-Kontinuum stellt ausdrücklich auf die interaktive Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten ab. Konzeptionell verbindet sie die Frage nach der Richtung politisch-repräsentativer Willensbildung (von unten nach oben oder von oben nach unten) mit zwei unterschiedlichen Kontrollmechanismen (ex ante oder ex post).¹⁵⁴ Angewendet auf Daten aus niederländischen Wähler- und Abgeordnetenbefragungen unterscheiden sich die Repräsentationserwartungen von Bürgern und Politikern deutlich.¹⁵⁵ Pablo Oñate hat auf Basis der gleichen Fragebatterie genau umgekehrte Ergebnisse für Spanien erhalten.¹⁵⁶ Das

151 Vgl. Helmar Schöne, a.a.O. (Fn. 10), S. 40.

152 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer, Manager des Parlaments zwischen Effizienz und Offenheit. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag, in: APuZ, B 36-37/1997, S. 8 – 17; Joachim Edward Krieger, Rollenorientierungen, Rollenerwartungen und Rollenverhalten von Ost-Abgeordneten im Deutschen Bundestag, Frankfurt am Main 1998; Jürgen von Oertzen, a.a.O. (Fn. 130).

153 Das Projekt fand unter Leitung von Oscar W. Gabriel, Suzanne S. Schüttemeyer und Eric Kerouche statt. Zum Inhalt und den Ergebnissen vgl. die Beiträge von Oscar W. Gabriel, Sven T. Sieffken, Danny Schindler, Elisa Deiss-Helbig und Mirjam Dageförde in diesem Heft der ZParl. Vgl. auch die Homepage des Forschungsprojektes, <http://www.citrep.eu> (Abruf am 10. März 2013).

154 Vgl. Rudy B. Andeweg / Jacques Thomassen, Modes of Political Representation: Toward a New Typology, in: Legislative Studies Quarterly, 30. Jg. (2005), H. 4, S. 507 – 528; zuletzt auch Rudy B. Andeweg, The Consequences of Representatives' Role Orientation: Attitudes, Behaviour, Perceptions', in: Magnus Blomgren / Olivier Rozenberg (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 149), S. 66 – 84.

155 Vgl. Jürgen Petersen, a.a.O. (Fn. 6), S. 48 f.

156 Auskunft durch Rudy B. Andeweg, Lissabon 2012. Pablo Oñate trug die Ergebnisse in seinem Vortrag „Political Representation in Spain: The View of Citizens and MPs“ auf der ECPR-Kon-

zeigt nicht nur, wie interessant, sondern auch wie gewinnbringend die Anwendung ähnlicher theoretischer und methodischer Fragestellungen auf verschiedene Länder ist.

3.3. Forschung zur rationalen Wahlhandlung

Zwischen Theorie und Empirie angesiedelt sind die seit den 1980er Jahren besonders im angloamerikanischen Sprachraum verbreiteten Ansätze der Institutionenökonomik (Rational Choice und Spieltheorie). Sie sind – trotz hohem Abstraktionsgrad – inzwischen verbreiteter als die soziologisch und strukturfunktionalistisch geprägten Arbeiten der Rollen- und Stiltheorie.¹⁵⁷

Während die Rollentheorie aus der Beobachtung von Akteuren Schlüsse über die Institutionen und ihr Funktionieren zieht, schließt die Forschung zur rationalen Wahlhandlung aus der Beobachtung der Spielregeln, die in der Institution gelten, auf das Verhalten der Mitglieder.¹⁵⁸ Beobachtet werden nicht mehr die einzelnen Abgeordneten, sondern die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln.¹⁵⁹ Voraussetzung der Theorie ist, dass Repräsentanten rational ihre Ziele verfolgen – was jedoch nicht untersucht wird – und aus diesem Grund die Spielregeln achten. Erste Arbeiten versuchten in den 1970er Jahren das parlamentarische Handeln der Abgeordneten aus ihren Wahlkreisbindungen zu erklären.¹⁶⁰ Schöne und Blumenthal beschreiben, dass sich seit den 1990er Jahren die Perspektiven durch das Hinzukommen von neoinstitutionalistischen Theorien¹⁶¹ und die verstärkte Anwendung formaler Modelle der Positive Political Theory¹⁶² erweitert haben.¹⁶³ Kiewiet, Loewenberg und Squire betonen, dass die verschiedenen Erklärungsansätze

ferenz in Antwerpen im April 2012 vor. Seine Daten stammen aus verschiedenen Quellen: Centro de Investigaciones Sociologicas (CIS), Observatorio Político Autónomico (OPA) und dem internationalen PartiRep-Projekt (<http://www.partirep.eu/>).

157 Vgl. Helmar Schöne / Julia von Blumenthal, Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Rückblick und Ausblick nach 40 Jahren – Zur Einführung, in: *dies.* (Hrsg.), Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag, Baden-Baden 2009, S. 9 – 33, S. 17.

158 Vgl. ebenda; D. Roderick Kiewiet / Gerhard Loewenberg / Peverill Squire, The Implications of the Study of the U.S. Congress for Comparative Legislative Research, in: *dies.* (Hrsg.) a.a.O. (Fn. 101), S. 3 – 22, S. 6.

159 Vgl. Helmar Schöne / Julia von Blumenthal, a.a.O. (Fn. 157), S. 17; Kenneth A. Shepsle, Assessing Comparative Legislative Research, in: Gerhard Loewenberg / Peverill Squire / D. Roderick Kiewiet (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 101), S. 387 – 398, S. 393 f.

160 Vgl. Morris Fiorina, Congress: Keystone of the Washington Establishment, New Haven 1977; David R. Mayhew, Congress. The Electoral Connection. New Haven 1974.

161 Vgl. John D. Huber, Rationalizing Parliament. Legislative Institutions and Party Politics in France, New York 1996; Douglass C. North, Institutions, Institutional Change, and Economic Performance, New York 1990.

162 Vgl. William H. Riker, An Introduction to Positive Political Theory, Englewood Cliffs 1973; Elinor Ostrom, Rational Choice Theory and Institutional Analysis. Toward Contcomplementarity, in: American Political Science Review, 85. Jg. (1991), H. 1, S. 237 – 243; Kenneth Shepsle / Barry Weingast (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 13).

163 Vgl. Helmar Schöne / Julia von Blumenthal, a.a.O. (Fn. 157), S. 18. In den letzten Jahren versuchen drei verschiedene Erklärungsansätze die Handlungsrationale des US-Kongresses zu erklären: das Parteienmodell („partisan theory“, vgl. Gary W. Cox / Mathew D. McCubbins, Legislative

trotz ihrer Differenzen einige gemeinsame Grundannahmen für das Abgeordnetenverhalten in den USA zu Tage gefördert haben: (1) Das Handeln der Abgeordneten ist durch den Wunsch nach Wiederwahl bestimmt. (2) Parlamentarische Karrieren haben eine rationale Basis. (3) Das Agendasetting ist für die Durchsetzung politischer Ziele von zentraler Bedeutung.¹⁶⁴

Darüber hinaus entfaltet – wie bei *Kaare Strøm* – die Prinzipal-Agent-Theorie von Repräsentationsbeziehungen große Attraktivität.¹⁶⁵ Ihre Grundannahme ist, dass Menschen sich über ihre Handlungen gegenseitig beeinflussen, beziehungsweise dass sich Interaktionsmuster herausbilden.¹⁶⁶ Prinzipale, also Auftraggeber, sind im Parlamentarismus die Bürger; die Abgeordneten hingegen sind deren Agenten, also handlungsbevollmächtigte Auftragnehmer.¹⁶⁷ In parlamentarischen Regierungssystemen sind die Abgeordneten ebenso die Prinzipale von Regierungsmitgliedern als ihren Agenten. Dergestalt lassen sich, so *Patzelt*, „Repräsentationsbeziehungen als komplexe Ketten beziehungsweise Prozesse der Delegation von Entscheidungsbefugnissen modellieren sowie höchst realistische Hypothesen über die kombinierten Folgen von sowohl Eigeninteressen als auch Informationsvorsprüngen der jeweiligen Agenten formulieren“¹⁶⁸. Den theoretischen Ausgangspunkt, dass die Interessen und Handlungsmotive von Repräsentanten und Repräsentierten grundsätzlich divergieren würden und ihre Angleichung weder durch Kommunikation noch durch Vertrauen erreicht werden könne, sehen andere Autoren hingegen kritisch.¹⁶⁹

Gleichwohl ermöglicht diese Herangehensweise einen neuen Blick auf die von *Pitkin* noch als weniger wichtig beschriebenen Aspekte der formalen sowie der von *Mansbridge* eingeführten antizipatorischen und gyroskopischen Repräsentation.¹⁷⁰ Außerdem verspricht sie Erkenntnisse zu spezifischen Fragen politischer Repräsentation im (vor allem auch europäischen) Mehrebenensystem, da die größere Zahl der Prinzipale zu spezifischen Bedingungen der Repräsentation und mutmaßlich zu anders gearteten Delegationsketten führt.

Leviathan: Party Government in the House, Berkeley / Los Angeles 1993), das Verhandlungsmodell („distributive theory“, *Kenneth A. Shepsle / Barry Weingast*, Structure-Induced Equilibrium and Legislative Choice, in: Public Choice, 37. Jg. (1981), S. 503 – 519) und das Informationsmodell („informational theory“, vgl. *Keith Krehbiel*, Information and Legislative Organization, Ann Arbor 1991).

164 Vgl. *Helmar Schöne / Julia von Blumenthal*, a.a.O. (Fn. 157), S. 18; *D. Roderick Kiewiet / Gerhard Loewenberg / Peverill Squire*, a.a.O. (Fn. 158), S. 8.

165 Vgl. *Kaare Strøm*, Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, in: European Journal of Political Research, 37. Jg. (2000), H. 2, S. 261 – 289; *Paul Mitchell*, Voters and their Representatives. Electoral Institutions and Delegation in Parliamentary Democracies, in: European Journal of Political Research, 37. Jg. (2000), H. 3, S. 335 – 351; *Fabrizio Gilardi / Dietmar Braun*, a.a.O. (Fn. 14).

166 Vgl. *Annette Knaut*, a.a.O. (Fn. 49), S. 50.

167 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 21), S. 334.

168 Vgl. ebenda; *D. Roderick Kiewiet / Matthew McCubbins*, The Logic of Delegation. Congressional Parties and the Appropriations Process, Chicago 1991; *Michael F. Thies*, Keeping Tabs on Partners: The Logic of Delegation in Coalition Governments, in: American Journal of Political Science, 45. Jg. (2001), H. 3, S. 580 – 598.

169 Vgl. *Arthur Benz*, Vertrauensbildung im Mehrebenensystem, in: *Rainer Schmalz-Brunn / Reinhard Zintl* (Hrsg.), Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation, Baden-Baden 2002, S. 275 – 291, S. 283 f.

170 Vgl. *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 48.

<i>Synopse 2: Ausgewählte Werke der empirisch-analytischen Repräsentationsforschung</i>			
Autoren	Theoretischer Hintergrund	Zentraler Untersuchungsgegenstand	Dominierende Methode
<i>Wahlke / Eulau / Buchanan / Ferguson 1962</i>	Rollenansatz in struktur-funktionalistischer Tradition	Normen, Handlungsorientierungen; Rollen als „set of norms“	Standardisierte Fragebögen
<i>Miller / Stokes 1963</i>	Repräsentation als inhaltliche Kongruenz	Vergleich des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten mit den Politikpräferenzen der Wähler	Bevölkerungs- und Abgeordnetenumfragen, Vergleich zu namenlichen Parlamentsabstimmungen
<i>Fenno 1978</i>	Stiltheorie	Rollenverhalten in Wahlkreisen	Teilnehmende Beobachtung
<i>Patzelt 1993</i>	Kombination von Repräsentationstheorie, Rollentheorie und Stiltheorie	Amts- und Repräsentationsverständnis vor allem bezogen auf Wahlkreisarbeit	Leitfadengestützte Interviews
<i>Searing 1994</i>	Rollenansatz („motivational approach“)	Motive, Ziele; Rollen als Interaktion zwischen individuellen Präferenzen, Regeln und institutionellen Bedingungen	Leitfadengestützte Interviews (Beobachtungen)
<i>Strøm 2000</i>	Prinzipal-Agent-Theorie	Repräsentationsbeziehungen als komplexe Ketten beziehungsweise Prozesse der Delegation	Theoretische Modellierung
<i>Andeweg / Thomassen 2005</i>	Repräsentation als interaktive Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten	idealtypische Repräsentationsmodi entlang der Merkmalsdimensionen Einflussrichtung und Kontrollzeitpunkt	Leitfadengestützte Interviews mit Abgeordneten, Telefonumfrage der Bevölkerung

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis von *Helmar Schöne*, a.a.O. (Fn. 10), S. 48 f.

4. Zum Stand der Repräsentationsforschung: breites Theoriespektrum, vereinzelte Ungleichzeigkeiten, kaum vergleichende Forschung

Der Blick auf den Stand der Repräsentationsforschung zeigt nach wie vor ein ungelöstes Rätsel:

(1) Seit den 1960er Jahren bestimmen zwei voneinander isolierte Forschungsstränge die Repräsentationsforschung. Im empirischen Strang haben sich einerseits Rollentheorie, Kongruenz- sowie formalistische Ansätze kaum gegenseitig befriedet.¹⁷¹ Andererseits hat die theoretisch-normative Entwicklung des Repräsentationskonzeptes mit Ausnahme der Studie von *Hanna F. Pitkin* nur wenige Auswirkungen auf empirische Studien gehabt – wie umgekehrt auch. In den letzten Jahren wird allerdings eine stärkere Konvergenz von Theorie und Empirie sichtbar.¹⁷²

171 Vgl. *Gerhard Loewenberg*, On Legislatures. The Puzzle of Representation, Boulder / London 2011, S. 122.

172 Vgl. *Jürgen Petersen*, a.a.O. (Fn. 6), S. 47 f.

(2) In den letzten zwanzig Jahren erfuhr die Repräsentationstheorie einen pragmatischen Impuls. Zunehmend diskutiert werden Fragen der Umsetzbarkeit theoretisch-normativer Erkenntnisse insbesondere im Bereich der deskriptiven Repräsentation. Auch werden verstärkt neu zu beobachtende Formen der Repräsentation wie *Michael Sawards* „non-elective representative claims“, also Repräsentationsansprüche nicht demokratisch gewählter öffentlicher Personen, thematisiert.¹⁷³

(3) Der Blick auf den internationalen Forschungsstand zeigt, dass sich der in der Disziplin gepflegte Umgang mit Theorie von Land zu Land unterscheidet: Da „international“ als eine Art Euphemismus für Literatur in Englisch – vorwiegend von Amerikanern oder in den USA ausgebildeten Repräsentations- und Parlamentarismusforschern – gelten kann, ist ein Gros der Publikationen von angloamerikanischen Theoriekonstrukten vorgeprägt.¹⁷⁴ Die US-amerikanischen „Legislative Studies“ erklären sich selbstbewusst zum theoretisch wie methodisch innovativsten Zweig ihrer nationalen Politikwissenschaft.¹⁷⁵ Deshalb empfahl *Werner J. Patzelt* der deutschen Forschung bereits vor Jahren, „die soliden empirischen Leistungen williger in theoretische Rahmenwerke angelsächsischer Prägung [zu stellen sowie] engagierter an den theoretische[n] Diskussionen und empirische[n] Überprüfungen [internationaler Diskussionen teilzunehmen]“¹⁷⁶. Der deutschen Repräsentationsforschung gelang es, amerikanische Ansätze – trotz zum Teil eingeschränkter Anwendbarkeit außerhalb der USA¹⁷⁷ – zu übernehmen sowie eigenständige und empirisch ertragreiche Untersuchungen zu entwickeln. Jedoch entsteht vereinzelt eine Ungleichzeitigkeit¹⁷⁸: Was für die deutsche Forschung innovativ erscheint, muss aus verschiedenen Gründen nicht für die amerikanische gelten – wie die Rollentheorie illustriert. Auch greift die deutsche Forschung nur selten auf die heutzutage in den USA dominierende Rational-Choice-Theorie zurück.¹⁷⁹

(4) Bisher vermochten die formalistischen Ansätze der Rational-Choice- und Prinzipal-Agent-Theorie allerdings auch kaum den internationalen Vergleich von Repräsentationsbeziehungen zu inspirieren. Hier gilt – mit wenigen Einschränkungen – für die Repräsentations- wie auch für die Parlamentarismusforschung die Jahrzehnte alte Kritik, dass vergleichende Forschung häufig keine echte Komparatistik sei; es bleibt vielmehr bei gesammelten Einzeldarstellungen ohne systematischen Vergleich.¹⁸⁰

173 Vgl. ebenda, S. 48.

174 Vgl. *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 38), S. 117 ff.

175 Vgl. zu den verschiedenen theoretischen und methodischen Herangehensweisen die Beiträge von *Bruce I. Oppenheimer*, *Craig Volden* / *Alan E. Wiseman*, *Nolan McCarty*, *Ross K. Baker* und *Ira Katznelson* im Sammelband von *Eric Schickler* / *Frances E. Lee* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the American Congress*, Oxford 2011. Ihre Einschätzung zum Stand der Forschung zum US-Kongress geben ebenda *Morris P. Fiorina*, *Reflections on the Study of Congress 1969-2009*, S. 861 – 874 und *David R. Mayhew*, *Theorizing about Congress*, S. 875 – 893.

176 *Werner J. Patzelt*, a.a.O. (Fn. 38), S. 119 f.

177 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, Vergleichende Parlamentarismusforschung, in: *Dirk Berg-Schlosser* / *Ferdinand Müller-Rommel* (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch*, Opladen 2003, S. 207 – 227, S. 216.

178 Vgl. *Helmar Schöne* / *Julia von Blumenthal*, a.a.O. (Fn. 157), S. 19 ff.

179 Vgl. ebenda, S. 17 ff.

180 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer*, a.a.O. (Fn. 177), S. 212.